

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

V-VII/2020 • # 1075

Karotte

Die Begriffe *Öffentlichkeitsbeteiligung* und *lernendes Verfahren* tanzen vor den Gesichtern der Gorleben-Gegner wie die sprichwörtliche Möhre vor der Nase des Esels.

Virus

Die von Regierungen im Kampf gegen das Coronavirus verordneten Einschränkungen unseres Alltags könnten unser Leben nachhaltig verändern. Befürchtet wird: zum Schlechteren.

Wein

Schon die Anfänge der Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der neuen Endlagersuche gefallen unserer Autorin nicht. Sie schmecken ihr wie neuer Wein aus alten Schläuchen.



Wir müssen die schmerzhafteste Erfahrung machen, was passiert, wenn man bei einer Pandemie nicht schnell genug reagiert. Dann gibt es sehr schnell keine guten Optionen mehr. Das ähnelt in seiner Logik der Klimakrise. Nur eben im Zeitraffer..

Adam Tooze Wirtschaftshistoriker

Wie sieht der Alltag der Bürgerinitiative Umweltschutz in Corona-Zeiten aus? Allen voran hat uns die Absage der Kulturellen Landpartie sehr betrübt. Ein schwerer Schlag für alle Kunst- und Kulturschaffenden, Handwerker/-innen und Musiker/-innen. Natürlich auch für uns mehr als traurig, dass unsere Kulturelle Widerstandspartei am Freitag vor Pfingsten auf der Strecke bleiben musste, zumal wir in den letzten Jahren so viele Menschen an unserem wunden Punkt, den Atomanlagen in Gorleben, versammeln konnten. Der persönliche Austausch in dieser besonderen Zeit im Wendland wird uns sehr fehlen, auch weil uns die wundervollen Begegnungen immer durch das Jahr getragen haben und uns eine besondere Motivation waren.

Die jährliche Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg mussten wir im März verschieben. Der Vorstand berät sich fortlaufend über die Durchführbarkeit der Mitgliederversammlung. Es soll jedoch allen Mitgliedern die Teilnahme an einer physischen Versammlung ermöglicht werden und wir sind uns einig, dass dies noch nicht möglich ist.

Doch den Kopf in den Sand zu stecken, liegt uns nun wahrlich nicht,



Wolfgang Ehmke ist der Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

und über Langeweile konnten wir leider auch noch nie klagen. Was läuft? Das BI-Büro ist besetzt, die Vorstandssitzungen laufen per Telefonkonferenz, die überregionale Debatte per Videokonferenzen. Das klappt so einigermaßen, und da unsere Arbeit in erster Linie ehrenamtlich ist, müssen wir uns bislang nicht um die Finanzen für die laufenden Kosten sorgen. Wir freuen uns, dass die Fukushima-Mahnwache in Dannenberg still und leise mit Abstand weiter

stand. Menschen haben sich ab dem 3. Mai auf den Weg zur Stempelstelle 1004 gemacht, zum Ort des legendären Hüttendorfs, mit dem die Tiefbohrungen für ein Endlager im Salzstock Gorleben-Rambow verhindert werden sollten. Das Gorlebener Gebet findet wieder statt. Wir freuen uns auch, dass unsere Homepage, die wir fast täglich aktualisieren, jetzt häufiger angeklickt wird, und viel Lob haben wir für die Gorleben Rundschau und den BI-Newsletter eingeholt. Besondere Zeiten beinhalten eben auch besondere Herausforderungen und das StandAG erfordert weiterhin unsere volle Aufmerksamkeit. Wir haben gefordert, dass im Zuge der Corona Epidemie neue Ansätze bei der Öffentlichkeitsbeteiligung geben müsste, doch damit sind wir bei den Ämtern abgeblitzt, offenbar gibt es keinerlei Aufschub.

„Sorgfalt vor Eile“ bleibt deshalb das von uns geforderte Vorgehen. Das gilt jetzt erst recht! Da in diesen Zeiten eine Begleitung des Endlagersuchprozesses durch physische Anwesenheit in Veranstaltungen nicht möglich ist, gibt es seitens der Behörden vermehrt virtuelle Angebote zur Beteiligung, um bloß keine Verzögerung im Verfahren aufkommen zu lassen. Nach ersten Erfahrungen wird das von uns jedoch als sehr kritisch angesehen. Stundenlang hockt man vor dem Bildschirm, sofern die Leitung nicht zusammenbricht. Man kann nicht intervenieren. Sowohl die technischen Herausforderungen, als auch die Möglichkeit, effektiv intervenieren zu können, gestalten sich sehr schwierig. Jede Debatte lebt von Begegnung. Und mit Blick auf den Herbst, wo das erste Mal auf den Tisch kommt, welche Regionen in Deutschland näher untersucht werden, ob sie für ein Atommüllendlager als „günstig“ anzusehen sind und wo sich die Frage klärt, ob Gorleben dabei aus dem Rennen ist, juckt es uns, auf die Straße zu gehen. Das wird schon, sagen wir uns, natürlich mit Abstand – aber bizarr ist das schon.

Impressum

43. Jahrgang
Ausgabe 1075
Mai, Juni, Juli 2020

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Wilma Wallat (ww)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

19. März ◀

In einem Gespräch mit Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth hat Andreas Graf von Bernstorff die Situation um die Castor-Halle in Gorleben erörtert. Explizit erwähnt wurde die Dünnwandigkeit, die keinen Schutz gegen terroristische Anschläge böte, und das fehlende Überflugverbot. Flasbarth verwies auf die Verantwortung der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) und der Atomaufsichtsbehörde in Hannover. Zu der Frage, warum nicht einmal die Schutzmauer rund um die Halle errichtet wurde, konnten die Berliner Ministeriumsvertreter nichts sagen, das BMU sei die falsche Adresse. Auch auf die Frage, ob er sich nicht vorstellen könne, ähnlich wie bei der Endlagersuche auch die Zivilgesellschaft in die Debatte um verlängerte Laufzeiten der Zwischenlager mit einzubeziehen, wich er aus.

3. Mai ◀

In einem Spaziergang mit Corona-Sicherheitsabstand haben Mitglieder der BI Lüchow-Dannenberg der 33-tägigen Platzbesetzung der Bohrstelle 1004 im Mai 1980 in der Nähe von Gorleben gedacht. Auf dem rund drei Kilometer langen Weg vom so genannten Erkundungsbergwerk zum ehemaligen Bohrplatz haben sie zahlreiche Schilder mit der Aufschrift „1004“ aufgestellt. Auf dem Platz selbst wurde eine Stempelstelle der Freien Republik Wendland eingerichtet. Schon einige Tage später haben Unbekannte sie abgerissen. Gorleben als Zerreißprobe.



19.03. ◀

29.04. ◀

03.05. ◀

Die Auswirkungen von Warm- und Eiszeiten auf ein Atommüllendlager sollen näher untersucht werden. Einen entsprechenden Forschungsauftrag hat das Bundesamt für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE) jetzt in Auftrag gegeben. Es setzt damit eine Forderung um, die seit geraumer Zeit von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) erhoben wird, zuletzt im Gespräch mit dem niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies (SPD). Untersucht werden soll demnach, welche Auswirkungen die klimatischen Veränderungen auf das hydrogeologische System eines Endlagers haben. „Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass bei der Formulierung von Ausschluss- und Abwägungskriterien für die Wahl eines Endlagerstandorts diese Faktoren nicht ausreichend berücksichtigt wurden“, schreibt die BI. Im Kern müsste die gesetzliche Grundlage für das Endlagersuchverfahren, das Standortauswahlgesetz (StandAG), entsprechend überarbeitet werden. Merkwürdig sei, dass gleichzeitig der Vorhabensträger bei der Endlagersuche, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), angehalten ist, bis Ende des dritten Quartals Gebiete auszuweisen, die für die Endlagerung in Frage kommen. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Das passt nicht zusammen, denn diese Expertise müsste in den Bericht einfließen.“

Meldung vom 29. April ◀

10. Mai ◀

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) will im Herbst 2020 einen ersten Zwischenbericht vorlegen, aus dem hervorgehen soll, welche Teilgebiete mit günstigen Voraussetzungen für eine potenzielle Endlagerregion in Frage kommen. Bei der Vorlage des Zwischenberichts finden geowissenschaftliche Ausschluss- und Abwägungskriterien sowie die Mindestanforderungen Anwendung, wie sie im Standortauswahlgesetz vorgegeben sind. Eine spannende Frage ist auch die nach dem Umgang mit dem bisherigen Standort Gorleben. Nun beklagt die BGE in ihrem 4. Quartalsbericht das Fehlen eines Geodatengesetzes, das notwendige Voraussetzung für die gesetzlich geforderte Verfahrenstransparenz ist, und auch, dass Landes- und Bundesämter geologische Daten nicht in ausreichender Qualität geliefert hätten. Beides hatte auch die BI Lüchow-Dannenberg (BI) schon mehrfach kritisiert. Die Frage sei, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, ob diese Defizite nicht zu einer deutlichen Verzögerung bei der Erstellung und Vorlage des Zwischenberichts und der folgenden „Fachkonferenz Teilgebiete“ führen sollte. Wie diese in „Corona-Zeiten“ überhaupt stattfinden könne, müsse ohnehin und gesondert geklärt werden. Große Lücken konstatiert die BGE bei der Grundlagenermittlung im Bereich der Abwägungskriterien. Dazu gehört, dass es über dem Salzstock Gorleben-Rambow keine durchgehende Tonschicht gibt, die das Austreten von Radioaktivität über Wasserwegsamkeiten verhindern könnte. Im Bericht der BGE heißt es dazu, die „Grundlagenermittlung ist nicht wie geplant fertiggestellt“. Gleichzeitig wird dennoch behauptet, dass die „Schadenshöhe“ als geringfügig eingeschätzt



▶ HINWEIS

10. Mai ▶

Der autonom verwaltete Szene-Treff „Gasthof Meuchefitz“ im gleichnamigen Dorf im Wendland wird 40 Jahre alt. Sofern die Corona-Beschränkungen eine Zusammenkunft dann schon wieder zulassen, soll der Jahrestag am Wochenende vom 18. bis zum 20. September gefeiert werden. Nach der Räumung des Bohrplatzes 1004 in Gorleben wurde der alte Landgasthof zu einem Treffpunkt des Widerstandes gegen das Atomprojekt im Wendland.

▶ Hinweis

wird. Die BI übersetzt diese Ausführungen wie folgt: Die Anwendung der Abwägungskriterien wird schlichtweg verschoben, bis die BGE in einem späteren Endbericht obertägig zu erkundende Standorte vorschlägt. Dem gehe die verbalargumentative Anwendung der Abwägungskriterien voraus. Die BI stellt nun die Frage, ob das gesetzeskonform sei bezüglich des weiteren Umgangs mit dem bisherigen Standort Gorleben. Im Unterschied zu noch unbekannten, dann näher zu erkundenden Standorten liegen der BGE hier alle relevanten Geodaten vor, die auch im ersten Schritt, also bei der Erstellung des Zwischenberichts sorgfältig und vollumfänglich Anwendung finden müssen, so sehe es das Standortauswahlgesetz vor.

Die Frage sei zudem, wie eine verbalargumentative Anwendung der Abwägungskriterien erfolgen könne. Unlängst hatte die BI in einem Papier geologische Einwände aufgelistet, die gegen die Eignung des Salzstocks Gorleben-Rambow sprechen.

Ehmke: „Ist sichergestellt, dass diese verbalargumentative Auseinandersetzung protokolliert und also auch durch Inanspruchnahme des Umweltinformationsgesetzes von Interessierten eingesehen werden kann? Ist gewährleistet, dass unsere Argumente Beachtung finden?“ ▶

27. März

Der Rückholplan für die leicht- und mittelradioaktiven Abfälle aus dem vom Einsturz bedrohten Atommülllager ASSE II ist kürzlich veröffentlicht worden. Die Braunschweiger Zeitung berichtete Ende März online in Eckpunkten über den Plan. Unter dem Themenschwerpunkt „Die Rückholung“ der Website der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist der Bericht jetzt als PDF verfügbar. Er zeigt auf, wie mit Kosten von mehr als drei Milliarden Euro ein neuer Schacht zur Rückholung der Abfälle entstehen soll, welche Anlagen dazu unterirdisch im maroden Salzstock errichtet werden und dass die notwendigen Anlagen zur Konditionierung und Zwischenlagerung aus Strahlenschutzgründen möglichst auf einer angrenzenden Fläche nördlich vom jetzigen Standort entstehen sollen. Ab 2033 könnte die Bergung der Abfälle beginnen.

16. April

In Würgassen im östlichen Nordrhein-Westfalen soll auf dem Gelände des 1994 stillgelegten Atomkraftwerks ein zentrales Atommülllager entstehen. Dort soll schwach- und mittelradioaktiver Atom Müll aus allen deutschen AKW zwischengelagert werden, bis das seinerseits umstrittene Endlager Schacht Konrad fertiggestellt ist. Aus Protest gegen das Lager und die Atommülltransporte stellen sich viele Bürger im Dreiländereck ein gelbes „W“ in den Vorgarten. Kritiker/-innen bemängeln, dass Schacht Konrad bei Salzgit-ter nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Würde man das nun in Würgassen geplante Lager bei Schacht Konrad bauen, müsste das dortige Genehmigungsverfahren neu aufgerollt werden. Würgassen rettet insofern Schacht Konrad die Betriebsgenehmigung.



27.03.



27.03.



16.04.

Ende März hat das Bundesinnenministerium den für Anfang April geplanten Uranmülltransport von der Anreicherungsanlage der URENCO im westfälischen Gronau nach Russland aufgrund der erheblichen Belastungen durch die Corona-Krise gestoppt. Anti-Atom-Initiativen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz sowie die Ärzteorganisation IPPNW begrüßten das Verbot. Auch in Russland gab es in den letzten Monaten immer wieder Proteste. Geplant war die Durchführung mit einem Sonderzug von Gronau durch das Münsterland und das Ruhrgebiet nach Amsterdam. Dort hätte die Verladung des Atommülls auf ein russisches Frachtschiff für den Weitertransport nach Russland erfolgen sollen.

► **Meldung vom 27. März**

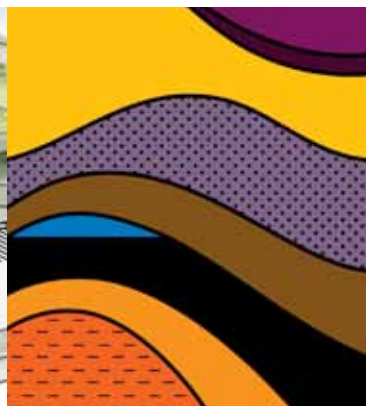
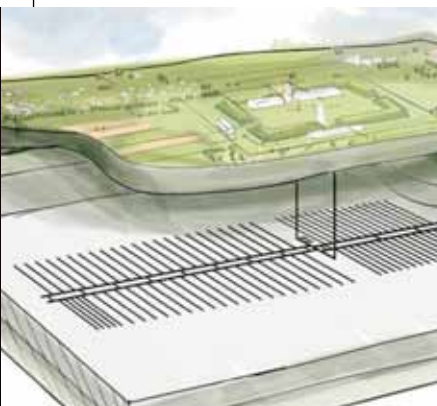
► 12. Mai

Seit Kurzem wird auf der Webseite der in Belgien für Atommüllendlagerung zuständigen Firma ONDRAF/NIRAS eine „öffentliche Konsultation“ zum Thema „Atommüllendlagerung – irgendwo in Belgien“ für die dortigen Bürger/-innen angeboten. Die Informationen stehen auch in deutscher Sprache zur Verfügung. Die Kampagne dauert noch bis zum 13. Juni. Eine der denkbaren Regionen für die Errichtung des Atommüll-lagers reicht bis an die deutsche Grenze heran. Bisher war davon ausgegangen worden, dass der belgische Atommüll in Bure in Frankreich untergebracht und zunächst ein Zwischenlager am AKW Tihange errichtet werden soll. „Aber jetzt beginnt wohl eine weitere Front im Anti-Atomkampf in Belgien!“, kommentiert die Kritische Aachener Zeitung.

+++++++ BREAKING NEWS +++++++

Die öffentliche Vorstellung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ im Zuge der neuen Endlagersuche wird am Samstag, dem 17. Oktober 2020 in Kassel erfolgen. Gleichzeitig und am gleichen Ort wird die erste „Fachkonferenz Teilgebiete“ am 17. und 18. Oktober stattfinden. Die BI kritisiert sowohl den Zeitpunkt als auch das Verfahren: Wer dessen Inhalt nicht vor Veröffentlichung des Berichts in Erfahrung bringen kann, werde die Ergebnisse der unmittelbar anschließenden Fachkonferenz womöglich nur aus der Zeitung erfahren. „So können Öffentlichkeitsbeteiligung und Vertrauensaufbau nicht gelingen“, so die BI.

+++++++ BREAKING NEWS +++++++



► 11.05.

► 12.05.

► 15.05.

BREAKING NEWS ◀

Das Nationale Begleitgremium (NBG) hat wieder eine Doppelspitze. Nach dem Ausscheiden von Prof. Klaus Töpfer wurde Anfang Mai Dr. Armin Grunwald als Co-Vorsitzender gewählt. Der Wissenschaftler wird nun gemeinsam mit der wiedergewählten Prof. Miranda Schreurs die Arbeit des Gremiums koordinieren. Das NBG soll die Suche nach einem Endlager begleiten. Grunwald leitet das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe und war bereits Mitglied in der Endlagerkommission. Grunwald selbst wirkte von seiner Wahl überrascht. Er wiederholte bei seiner Befragung die Haltung, es müsse bei der Endlagersuche nicht immer „von der Pike auf“ transparent zugehen, es gäbe auch eine „Intransparenz in der Transparenz“.

► **Meldung vom 11. Mai**

Bündnis90/Die Grünen haben dem für die Suche nach einem Atommüll-Endlager unabdingbaren Geologiedatengesetz im Bundesrat Mitte Mai ihre Stimmen verweigert und das Gesetz damit zunächst gestoppt. „Die Suche muss transparent und nachvollziehbar sein, wenn sie erfolgreich sein soll. Deshalb sind Nachbesserungen dringend erforderlich“, sagte Baden-Württembergs grüner Umweltminister Franz Untersteller. Für die Endlagersuche werden auch sensible Daten von Unternehmen benötigt für deren Veröffentlichung das Geologiedatengesetz eine neue Grundlage schaffen soll. Das stoße natürlich auf Grenzen, wo etwa Eigentumsrechte von Firmen, die Rohstoffe abbauen wollten, berührt würden. „Wir sind weit auf die anderen zugegangen, die stärker die Eigentumsrechte im Blick hatten“, sagte Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne). Ein Kompromiss sei aber nicht zustande gekommen.

► **Meldung vom 15. Mai**



„Es gibt immer eine Alternative“

Interview mit Juli Zeh

Demokratie Die Autorin und Verfassungsrichterin Juli Zeh über Handy-Tracking, Denunzianten und die Politik der Angst. Ein Interview von Jan Heidtmann von der Süddeutschen Zeitung (zuerst erschienen in der SZ vom 4. April 2020)

Juli Zeh, 45, gehört zu den wenigen politisch engagierten Autorinnen ihrer Generation. 2005 unterstützte sie im Wahlkampf die rot-grüne Koalition, 2017 trat sie in die SPD ein. Im vergangenen Jahr wurde die Juristin als ehrenamtliche Richterin an das Verfassungsgericht Brandenburg berufen.

▷ Vor gut zehn Jahren haben Sie den Roman „Corpus Delicti“ geschrieben, es geht darin um einen Staat, in dem im Namen der Gesundheit wesentliche bürgerliche Freiheiten beschnitten werden. Erleben wir gerade eine temporäre Hygienediktatur?

Was wir auf alle Fälle festhalten können, ist, dass zurzeit tief in die Grundrechte von Bürgern eingegriffen wird, ohne dass die Rechtsgrundlage geklärt wäre. Man muss deshalb nicht gleich von einer Diktatur sprechen. Es ist ja auch logisch, dass es bei hohem Zeitdruck und dringendem Handlungsbedarf nicht ganz einfach ist, die Regeln der Demokratie einzuhalten.

▷ Rechtfertigt denn der Zeitdruck,

die Regeln der Demokratie außer Kraft zu setzen?

Nein. Demokratische Politik darf auch in Krisenzeiten nicht nur den Vorgaben von einzelnen Beratern folgen und sagen, jetzt läuft hier alles aus dem Ruder, und deshalb müssen wir drakonisch in die Bürgerrechte eingreifen. Da werden wir, wenn die Krise abflaut, eine Menge aufzuarbeiten haben.

▷ In Ihrem Roman ist die Gesundheit Staatsprinzip. Jeder muss das Bestmögliche für seinen Körper tun, Verstöße dagegen werden bestraft. Das klingt sehr nach dem, was gerade geschieht.

Vor allem die Bestrafungstaktik ist bedenklich. Im Grunde schüchtert man die Bevölkerung ein, in der Hoffnung, sie auf diese Weise zum Einhalten der Notstandsregeln zu bringen. Die Ansage lautet sinngemäß: Wenn ihr nicht tut, was wir von euch verlangen, seid ihr schuld an einer weiteren Ausbreitung des Virus und an vielen Toten in den Risikogruppen! Bei einigen Menschen führt das zu Trotz und Widerstand, bei an-

deren zu Verängstigung und regressivem Verhalten. Beides vergiftet die gesellschaftliche Stimmung. Aus meiner Sicht stellt es immer eine Form von Politikversagen dar, wenn versucht wird, die Bürger mit Schuldgefühlen unter Druck zu setzen.

▷ Die Voraussetzungen unter Corona sind klar andere als in Ihrem Roman, es geht jetzt um Menschenleben, und es gibt die klare Perspektive, dass es nur Einschränkungen auf Zeit sind. Aber es sind derzeit eine Handvoll Mediziner, die die Politik bestimmen, eine wesentliche Grundlage des politischen Handelns ist das Infektionsschutzgesetz. Ist das Ihrer Meinung nach legitim?

Unsere Verfassung verlangt, dass bei Grundrechtseingriffen immer das mildest mögliche Mittel gewählt wird. Auch bei der Abwendung von Gefahren gilt nicht „viel hilft viel“, sondern: so viel wie nötig, so wenig wie möglich. Ansonsten fehlt es an der Verhältnismäßigkeit, und eine Maßnahme ist dann unter Umständen verfassungswidrig. Das erfordert al-

so, dass man ernsthaft diskutiert, welche Vorgehen tatsächlich sinnvoll sind und welches davon am mildesten wäre. Dabei hätte ein wissenschaftlich fundierter Diskurs aller medizinischer Fachrichtungen zum Beispiel mittels einer Ad-hoc-Kommission helfen können. Stattdessen hat man einzelne prominente Experten zu Beratern gemacht und zugelassen, dass eine eskalierende Medienberichterstattung die Öffentlichkeit und die Politik vor sich her treibt. Ein ernsthafter Diskurs kann auch unter Zeitdruck stattfinden, das muss nicht Monate dauern. In einer Demokratie darf man sich die Möglichkeit dazu nicht nehmen lassen. Erst einmal die Faktenlage so weit wie möglich zu klären und öffentlich zu machen, trägt zu sachlicher Klarheit und besseren Entscheidungen bei, es erhöht aber auch die Transparenz und damit die demokratische Legitimität.

▷ Die Politik stellt ihr Agieren als alternativlos dar, Zweifel werden mit dem Verweis auf die Toten in Italien, Spanien und auch hierzulande abgebugelt. Ein echtes, valides Risikoszenario aber fehlt. Sollte so Politik gemacht werden?

„Alternativlos“ ist ein anderer Begriff für „Keine Widerrede!“ und damit ein absolut undemokratisches Konzept. Es gibt immer eine Alternative, und unsere Verfassung verlangt, dass wir die verschiedenen Möglichkeiten abwägen. Im Fall von Covid-19 sind sich große Teile der Fachwelt einig, dass eine sogenannte Herdenimmunsierung stattfinden muss, dass sich also mindestens 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung infizieren müssen, bis die Pandemie abflaut. Das heißt, eine möglicherweise sinnvolle Alternative wäre gewesen, über sogenannte risikostratifizierte Maßnahmen nachzudenken. Man schützt dann hochgradig und gezielt die Risikogruppen, während man dem Rest der Bevölkerung erlaubt, sich zu immunisieren. Ich will jetzt nicht sagen, welche Alternative besser ist, denn ich bin keine Expertin. Aber das Frappierende ist doch,

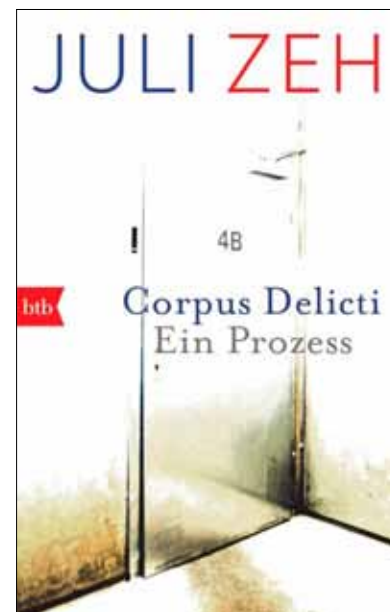
dass eine multidisziplinäre und für die Bürger verständliche Diskussion von Alternativen gar nicht stattgefunden hat.

▷ Einige Politiker überbieten sich geradezu in Restriktionen – fast so, als gelte das Motto des Verfassungsrechtlers Carl Schmitt: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“

Mich macht es betroffen, dass in so schwierigen Zeiten viele Politiker wenig Rückgrat beweisen. Ich glaube noch nicht einmal, dass das Motiv der deutschen Politiker Machthunger ist. Mir scheint, es herrscht eher die Angst, man könnte ihnen später vorwerfen, dass sie zu wenig getan haben. Also überbietet man sich lieber gegenseitig beim Vorschlagen immer neuer drakonischer Verordnungen und versucht zu punkten, indem man sich als starker Anführer aufspielt. Dabei entsteht aber in meinen Augen kein Eindruck von Stärke, sondern von ziemlicher Kopflosigkeit. Als müsste und könnte man jetzt alles, was sonst gilt, schnell mal über Bord werfen, weil man irgendwie nicht weiß, wie man es richtig machen soll. Wir haben es in Deutschland meines Erachtens nicht mit gezielten Angriffen auf die Gültigkeit unseres Grundgesetzes unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung zu tun. Aber wir erleben eine Form von orientierungsloser Geringschätzung gegenüber unserer Verfassung, was ich fast genauso schlimm finde.

▷ Die Terminologie mancher Politiker klingt, als würden wir uns in einem „Krieg“ befinden. Damit wird dann eine Einschränkung bürgerlicher Freiheiten gerechtfertigt, die vor einem Monat noch vollkommen undenkbar erschien. Können Sie Menschen verstehen, die dagegen aufbegehren?

Wir werden als Bürger durch die Rhetorik und das Vorgehen in eine wirklich schwierige Lage gebracht. Die allermeisten von uns verstehen, dass es notwendig ist, etwas gegen das Virus zu unternehmen. Man will vernünftig sein,



man will auch Solidarität zeigen gegenüber Risikogruppen, man will nicht das gemeinschaftliche Vorgehen torpedieren. Aber vieles von dem, was passiert, erscheint einem unlogisch, überstürzt, undemokratisch. Dagegen würde man gern aufbegehren. Aber dann wird einem gesagt, dass man sich schuldig macht an möglichen Opfern, wenn man nicht mitspielt. Das ist ein unnötiges Dilemma, das die Menschen quält: ein künstlich entfachtter Antagonismus zwischen Menschenrechten und Menschenleben. Wenn man nicht mit Bestrafungsszenarien gearbeitet hätte, sondern lieber darauf gesetzt hätte, durch eine verständliche und nachvollziehbare Strategie Einsicht zu erreichen, hätte man ein viel höheres und wirklich empfundenes Einverständnis der Bürger ermöglicht.

▷ Die Corona-Krise ist die Stunde der Exekutive, die parlamentarische Kontrolle ist in Teilen lahmgelegt, die Opposition dringt derzeit kaum durch, das Versammlungsrecht ist vorübergehend abgeschafft. Wie lang kann ein politisches System das durchhalten, ohne Schaden zu nehmen?

Das weiß niemand. Ich glaube ja, dass unsere Demokratie viel stabiler ist, als wir manchmal meinen. Dass sie viel aushalten und sich auch nach heftigen Erschütte-

rungen wieder erholen kann. Deshalb will ich die Hoffnung nicht verlieren, dass wir nach Abflauen der Epidemie zum demokratischen Alltag zurückkehren können. Aber was mir Angst macht, ist die Erkenntnis, wie wenig wir als demokratische Gesellschaft mit Krisensituationen umgehen können. Wie schnell wir zu angstgetriebenen Entscheidungen bereit sind, wie kopflos auch unsere gewählten Politiker agieren, wenn sie gleich die Verantwortung an „Berater“ abgeben, statt besonnen im Sinne der Demokratie zu agieren. Mit Verlaub, Covid-19 ist nicht harmlos. Aber es sind viel schlimmere Pandemien oder andere Katastrophen denkbar. Wie sollte es denn dann erst zugehen?

▷ Gerade wird über die Verfolgung von Handydaten debattiert, die soll zwar freiwillig sein, aber dennoch: Es wäre ein massiver Eingriff in den Datenschutz, für den jahrzehntelang gekämpft worden ist.

Mit der Freiwilligkeit ist es ja so eine Sache. Wenn den Leuten suggeriert wird, dass sie ihre Handydaten abgeben müssen, weil sie sonst das Leben von unzähligen Risikopatienten auf dem Gewissen haben, werden sie das vielleicht tun, obwohl sie es eigentlich gar nicht wollen.

▷ Ist das Handy-Tracking der Testfall dafür, wie weit Politik in Corona-Zeiten gehen kann?

Immerhin kann man positiv bemerken: In Bezug auf das „Tracking“ gibt es jetzt erstmals seit Beginn der Krise eine richtige öffentliche Debatte, die eine geplante Maßnahme kritisch von allen Seiten beleuchtet. Der Einwand von Datenschützern hat dazu geführt, dass das Handy-Tracking keinen Platz im erneuerten Infektionsschutzgesetz gefunden hat. Erstaunlich eigentlich, dass den Menschen ihr Handy wichtiger ist als ihre Bewegungsfreiheit oder die Schulpflicht der Kinder. Aber trotzdem gut, dass es jetzt etwas gibt, über das wir kontrovers reden.

▷ Deutschland ist nicht Ungarn,

wo Premierminister Victor Orbán die Corona-Krise ausnutzt, um sich diktatorische Vollmachten zu sichern. Hierzulande geht es klar um die Bekämpfung des Coronavirus. Dennoch leistet die Bevölkerung der Politik derzeit einen enormen Vertrauensvorschuss. Wie lange darf der währen?

Ich fürchte, dass die Politiker den nun einmal gewählten Weg nicht abbrechen können, bevor das Virus erkennbar abflaut. Der Glaubwürdigkeitsverlust wäre zu groß, und ein solches Verhalten würde ja auch alle bisherigen Opfer und Einschränkungen ad absurdum führen. Das heißt, unsere Demokratie befindet sich bis auf Weiteres in der Hand der Kurve, welche die Ausbreitungsgeschwindigkeit anzeigt. Je flacher die Kurve wird, desto mehr Demokratie und ruhiges Nachdenken können wir uns dann wahrscheinlich wieder erlauben.



Mich macht es betroffen, dass in so schwierigen Zeiten viele Politiker wenig Rückgrat beweisen

Juli Zeh

▷ Erstaunlich ist, wie die Bevölkerung die Einschränkungen mitträgt: Ein Politiker wie Markus Söder, der besonders restriktiv vorgeht, gewinnt an Zustimmung. Was sagt das über Teile der Gesellschaft?

Es sagt etwas über das Funktionalisieren von Angst, vor allem, wenn sie massenhaft auftritt. Im Grunde sind das keine neuen Erkenntnisse. Wir wissen aus Erfahrung, wie gefährlich Angstmechanismen sind. Deshalb würde ich von verantwortlicher Politik und auch von verantwortlichen Medien verlangen, dass sie niemals Angst zu ihrem Werkzeug machen. Leider passiert seit Jahrzehnten das Gegenteil, nicht erst seit Corona. Anstatt uns hoffnungsfroh Ziele für die Zukunft zu setzen, ist es seit der Jahrtausendwende quasi zur Tradition geworden, ein apokalyptisches Szenario nach dem anderen auszurufen und damit die Aufmerksamkeitsökonomie zu bedienen oder sich machtpolitische Vorteile zu sichern. Jede politische Richtung hat ihr eigenes Untergangsszenario, mit dem

sie Werbung macht. Die Massen-erregbarkeit der Gesellschaft ist immer größer geworden, gleichzeitig wachsen auch Depressionen und Neurosen. Es wäre absolut wichtig, zur Sachlichkeit zurückzukehren und die Bevölkerung als mündige Bürger zu behandeln statt wie verstörte Kinder. Angst schlägt irgendwann in Aggression um, und es ist völlig unklar, gegen wen oder was sich das dann richten wird.

▷ Manche Bürger überbieten sich geradezu darin, Verstöße gegen die Corona-Bestimmungen zu melden.

Das ist im Grunde ganz normal. Eine hoch moralisierte Grundstimmung in Verbindung mit Regieren per Verordnung ergibt den perfekten Nährboden für Denunziantentum. Gesellschaftlicher Frieden wird auf diese Weise nicht gerade gefördert. Gott sei Dank gibt es aber auch eine große Menge Menschen, ich würde sagen: die Mehrheit, die sehr pragmatisch und ruhig und vernünftig mit der Lage umgehen.

▷ In Ihrem Roman „Corpus Delicti“ geht es auch darum, wie die Gesellschaft unmerklich von „diktatorischen Elementen“ unterminiert wird. Wird die Corona-Krise in diesem Sinne Spuren in der Gesellschaft hinterlassen?

Anders als die meisten Menschen gehe ich nicht davon aus, dass Covid-19 unsere Welt komplett verändert und hinterher nichts mehr ist wie zuvor. Ich glaube eher, dass eine solche Krise Trends verstärkt, die vorher schon existierten. Die Sehnsucht nach autoritären Regierungsformen hat sich schon vor Jahren entwickelt. Es herrscht Demokratiemüdigkeit und Politikverdrossenheit, auch in unserem Land. Pessimistisch betrachtet, könnten wir fürchten, dass Corona diese Strömungen zum Eskalieren bringt. Optimistisch dürfen wir hoffen, dass die Krise uns daran erinnert, wie wichtig eine mit ruhiger Hand geführte demokratische Politik ist und dass wir alles daran setzen müssen, die Spaltung zwischen politischer Klasse und Bevölkerung zu heilen.



Der infizierte Staat

Gefährden die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie unsere Demokratie?

Demokratie Corona in aller Munde... da haben auch wir etwas beizutragen. Selbstverständlich mit verantwortungsvollem Hygieneabstand, aber ohne jede soziale Distanzierung. Vom Vorsitzenden der BI Lüchow-Dannenberg Martin Donat

Schon lange war unsere Gesellschaft infiziert vom Keim des Totalitären, und dass *dieser* Virus äußerst qualvoll ist und extreme Übersterblichkeit verursacht, mussten unzählige Opfer bis vor 75 Jahren unendlich leidvoll erfahren. Vor diesem Hintergrund waren die Spontanreaktionen der alten und neuen Rechten auf die aktuelle Pandemie, die orientierungslos zwischen dem Ruf nach dem starken Staat und esoterischer Corona-Leugnung schwankten und sich letztlich wieder hinter obskuren Verschwörungsmymen und antisemitischen Legenden sammeln, über alle Maßen entlarvend. Von Krisen profitiert leider erfahrungsgemäß immer der Konservatismus, aber es wird auf uns alle an-

kommen, dass nun nicht noch die konzeptlosen Rattenfänger zu Krisengewinnlern werden.

Aber auch demokratische Parteien haben sich in der Krise beileibe nicht nur mit Ruhm bekleckert. Der Schaulauf der Kanzlerkandidaten, die sich zuerst in restriktiven Maßnahmen zu überbieten suchten, um sich gleich darauf mit populären Lockerungen als volksnahe Alpha-Tiere zu präsentieren, war vielen von uns einfach nur peinlich. Und nach anfänglicher Sprachlosigkeit fand sich auch schnell eine Fraktion, die offenbar gedenkt, in der nächsten Spielsaison auf den Schultern von Fußballfans das Tor der Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen, während Eltern und Alleinerziehende in der familiären Isolation des Homeof-

fice verzweifeln und Kinderaugen sehnsuchtsvoll auf Bolz- und Spielplätze starren.

Unter dem Strich jedoch hat sich die Demokratie als „schlechteste Staatsform, ausgenommen aller anderen“ und entgegen aller Unkenrufe als wehrhaftestes Gemeinwesen erwiesen, zumindest, wenn man die Reaktionsfähigkeit, die Unterbrechung von Infektionsketten, die Versorgung Erkrankter und die Eingrenzung der Sterblichkeit betrachtet. So zumindest bestätigen es die Weltgesundheitsorganisation und die täglichen Statistiken. Dagegen sind es gerade die vom Mythos der potenten Handlungsfähigkeit umwehten autokratischen Diktaturen und Präsidialsysteme dieser Welt, die vor dem Virus kapitulie-

ren, und in denen das schlimmste Grauen nur von Allianzen der Vernünftigen mit regionalen Gouverneuren verhindert werden kann. Für die Überlebenschancen der Einzelnen spielen in den Gesellschaften der Welt aber besonders der zusammengeklaupte Reichtum und die Verteilungs- und -gerechtigkeit eine wesentliche Rolle. Wo der wirtschaftliche Neoliberalismus die allgemeine Gesundheitsversorgung zerfressen hat und wo in der Folge umfassende Leistungen nur noch den Wohlhabenderen einer marktwirtschaftlich optimierten Medizin in angemessenem Umfang zur Verfügung stehen, steigt erwartungsgemäß die Sterblichkeit und herrschen teilweise apokalyptische Zustände. Ein Wunder, dass wir bislang noch so glimpflich davongekommen sind, ist doch die personelle Ausstattung unserer technisch hochgerüsteten Krankenhäuser eine der schlechtesten in Europa. Dass wir der prekären Peripherie unseres Kontinents die raren Pflegekräfte wegkaufen, macht uns keineswegs sympathischer, aber sollte es doch noch enger werden, wird uns auch abendliches Klatschen nicht erretten. Diejenigen Berufe und Tätigkeiten, die auch außerhalb der Krise gesellschaftliche Solidarität repräsentieren und unser Gemeinwesen im Inneren zusammenhalten, müssen dauerhaft deutlich gegenüber der auf Raubbau gegründeten Wirtschaft aufgewertet werden.

Von einem Krieg gegen das Virus sprach der französische Präsident Macron im März in einer martialischen Rede an die Nation und ordnete auch gleich eine Militäroperation „Widerstandskraft“ an. Nun mag es zwar angemessen gewesen sein, in einer derartigen Ausnahmesituation alle staatlichen Kräfte zu mobilisieren, aber das erste Opfer des Krieges ist bekanntlich die Wahrheit. In Kriegen wächst die Polarisierung und bleibt die Differenzierung auf der Strecke. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Kriege führen Menschen gegen Menschen und es gibt auch Verantwortliche und Schuldige. Pandemien dagegen existieren, seitdem es Leben



► In Lüchow-Dannenberg wurden Aktionen für die Aufnahme und für den Coronaschutz für Geflüchtete aufgelöst.

auf dieser Erde gibt, und sie können auch Pflanzen oder Tiere betreffen. Sie sind ein natürliches Phänomen, für dessen Ausbruch und Verbreitung es zwar Ursachen und begünstigende Umstände gibt, aber jede Schuldzuweisung erinnert quälend an mittelalterliche Hexenjagden in Zeiten der Pest. Eine der Ursachen dagegen mag sicherlich das gierige Vordringen einer auf Verwertung fokussierten Wirtschaftsweise in die letzten abgelegenen Naturräume sein und die begünstigenden Umstände zweifellos der Konsum einer globalisierten Welt mit ihren Warenströmen und ständig steigendem Aufkommen von Flugverkehr.

Schmerzhaft waren das partielle Versagen Europas und die rasante Entsolidarisierung der alten Nationalstaaten, die jüngeren Rettungsversuche nach eiligen Grenzsicherungen und nationalen Alleingängen muten dagegen halbherzig an. Obwohl von vielen beargwöhnt, scheint es doch sinnvoll, die Antwort auf eine weltweite Pandemie im internationalen Wissenstransfer und Konzeptaustausch zu suchen, solange es eben gelingt, dort imperiale Separatinteressen und den allgegenwärtigen Überwachungswahn zurück zu drängen.

Wenn man sie vielleicht auch vor dem Ausnahme-Hintergrund des generell überfordernden Jahrhundert-Ereignisses betrachten könnte, gab es doch auch bei uns etliche staatliche Überreaktionen. So wurden beispielsweise engagierten Menschen die notwendi-

ge zivilgesellschaftliche Kontrollfunktion untersagt, welche die saturierte Solidarität dieser Reichtumsgesellschaft auch auf diejenigen Menschen am Rande unseres Einflussbereiches ausgedehnt wissen wollten, die unverschuldet in qualvoller Enge in Lagern an den europäischen Außengrenzen interniert sind. Es ging dabei nicht um verantwortungslose „Corona-Demos“, sondern um phantasievolle Einzelaktionen unter Einhaltung aller erforderlichen Abstandsregeln und Hygieneauflagen. Wirklich in Gefahr gebracht haben sich eigentlich nur die zur Unterbindung dieser so genannten Versammlungen herbeigerufenen Polizisten in der Enge ihrer Mannschaftswagen. Aber auch hier haben letztlich die demokratischen Kontrollmechanismen gegriffen, indem das Bundesverfassungsgericht die verantwortlichen Behörden in einem ungewöhnlichen Eilverfahren zur Verhältnismäßigkeit und zu einer Neubewertung aufgerufen hat. Den Betroffenen in den hoffnungslos überfüllten Flüchtlingslagern, für die Corona-Abstandsregeln unerreichbaren Luxus und blanken Hohn darstellen, nützt es freilich nichts. Gerade einmal 47 der 1600 alleinreisenden und in den europäischen Lagern verwahrlosten Kinder und Jugendlichen wurden medizinisch in Deutschland aufgenommen. Eine wahre Schande für ein Land, das seinen in der Coronakrise verteilten Reichtum auch aus letztjährigen Rekordverkäufen von Rüstungsgütern

in Krisengebiete generiert. Jenseits von törichter Coronaleugnung und irrem Verschwörungswahn muss es in einer Demokratie auch und gerade in Krisenzeiten möglich sein, hörbare Kritik am Regierungshandeln zu üben und schwerwiegende Entscheidungen nicht nur der parlamentarischen Kontrolle, sondern auch zivilgesellschaftlicher Debatte und Teilhabe zu unterwerfen. Ob Weitergabe von Krankendaten an die Polizei oder behördlich überwachte Tracking-App mit GPS-Ortung: der Grat zwischen nachvollziehbarer Pandemie-Bekämpfung und überbordendem Überwachungsstaat ist derzeit sehr schmal und schnell überschritten. Auch und gerade bei ungeahnt hohen Zustimmungswerten ist Demokratie eben nicht die Diktatur der Mehrheit, sondern nur eine Regelungsabrede über die temporäre Ausübung von Macht. Freiheit, Gleichheit und Würde müssen im Dilemma auf beiden Seiten beachtet werden und die unveräußerlichen Grundrechte sind keine unverbindlichen Schönwetter-Regeln, sondern müssen sich gerade im Ernstfall als belastbar erweisen.

Dass die Regierungsmacht sich in ihren Entscheidungen auf Wissenschaft stützt, und auch noch glaubhaft versucht, der Öffentlichkeit ihre Entscheidungsgrundlagen zu vermitteln, ist durchweg positiv zu beurteilen. Die Forderung einiger Politiker/-innen allerdings, die Wissenschaft möge ihnen die Zukunft verlässlich aus der Glaskugel lesen, haben Fachleute irritiert zurückgewiesen. Die komplexen Vorgänge einer Virus-Pandemie sind keine simplen Gesetzmäßigkeiten, wie der Apfel, der nach unten fällt. Und die Verantwortung für die erforderlichen schwierigen Abwägungsentscheidungen kann denjenigen, die sich um diese Rolle beworben haben, auch keine Wissenschaft abnehmen. So unabdingbar wissenschaftliche Erkenntnis zur Bewältigung der Probleme unserer postmodernen Welt auch ist, so sehr sind wir doch immer noch von der Hybris der stetigen Beherrschbarkeit geprägt. Wissenschaft ist nämlich ebenfalls ein

diskursiver Prozess und gerade im Bereich der Mikrobiologie tapen wir häufig noch im Dunkeln. Auch 670 Jahre nach der Ankunft der Pest im mittelalterlichen Europa bleibt uns vorerst kaum mehr an Maßnahmen als physische Distanz, Pestmasken und das Stoßgebet.

Wenn manchen auch die Flut der Balkendiagramme, Schaubilder und Sondersendungen schon zum Halse heraushängen mag, so zeigt sich doch, dass der wissenschaftliche Journalismus einer pluralistischen Medienlandschaft es recht gut vermag, breit aufzuklären und Argumente, Thesen und Konzepte zu vermitteln. Obwohl neue Medien mit ihrer oft verkürzten Sachverhaltsdarstellung auch als Einfallstore für Falschmeldungen und Verschwörungsmythen dienen, beinhalten sie auch das Potenzial zur komplexen Wissensvermittlung. Die allabendliche Talkshow kann aber dennoch weder die gesellschaftliche, noch die parlamentarische Debatte und Willensbildung ersetzen.

Die ältere Generation muss ihre Bereitschaft zeigen, sich zu ändern

Martin Donat



In der Psychologie und aus Therapien ist bekannt, dass Verhaltensänderungen Zeit benötigen, bis es zur neuronalen Verankerung im Hirn kommen kann und auch, dass Lerngeschwindigkeit und Wandlungsfähigkeit so unterschiedlich sind, wie wir Menschen vielfältig. Vor diesem Hintergrund erscheint es völlig unangemessen, dass Corona-Regeln mit Polizeiüberwachung und Bußgeldern durchgesetzt werden, anstatt in einer emanzipierten Gesellschaft auf Vernunft und Überzeugung zu setzen. Am Ende waren die unverantwortlichen Momente auch vermutlich nicht die fünf Jugendlichen mit ihrer Corona-Party im Park, sondern die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse der Schlachthofarbeiter und das einvernehmliche Verschweigen von akuten Erkrankungen, um Arbeitsstellen nicht für vierzehn Tage schließen zu müssen. Weiterhin wird es spannend sein, welche Regeln und Veränderungen zukünftig wieder zurückgebaut

werden, wenn sie bis zur nächsten Jahrhundert-Pandemie nicht mehr vonnöten sind.

Denn ungeachtet der wieder steigenden Reproduktionsraten drängen die Menschen zurück zur Normalität. „Aber diese Normalität war eine Weltuntergangsmaschine, gegen die das Coronavirus wie ein Plüschtier aussieht“, sagt die weltberühmte indische Autorin Arundhati Roy. Während sich die Masse der Menschen fragt, was wir der Welt bloß angetan haben, formierten sich die Mächtigen, um noch mehr Kontrolle über uns zu erlangen und die Ungleichheit zu verschärfen.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Gedanke bemerkenswert: In der Coronakrise wird von der jungen Generation erwartet, dass sie ihren kompletten Lebensstil radikal verändert, um die Überlebenschancen der Großelterngeneration zu sichern. Die Opfer, die sie dafür erbringen müssen, sind erheblich und werden für Jahrzehnte Folgen haben. Aber Solidarität kann keine Einbahnstraße sein. Es erscheint nur recht und billig, dass im Anschluss an Corona auch die ältere Generation Bereitschaft zeigen muss, ihre Lebensweise radikal umzustellen, um angesichts der globalen Klimakrise auch noch künftigen Generationen das Überleben zu sichern. Kaufprämien für PKW und die Absenkung ökologischer Standards müssen dann endgültig Fossilien des Atom- und Carbonzeitalters sein. Wenn es den Regierenden in der Coronakrise transparent möglich war, Entscheidungen „auf Sicht“ zu treffen, dann wäre dies eine vernünftige Verhaltensänderung, um wissenschaftsbasiert auch den Blindflug in Bezug auf Klimakatastrophe, Fluchtursachen und soziale Ungerechtigkeit zu beenden.

Und noch eines sollten wir ebenfalls nicht aus dem Auge verlieren. Wir sind zu weitreichenden Maßnahmen bereit, weil eine Viruserkrankung innerhalb von zehn Wochen bereits 7500 Mitmenschen das Leben gekostet hat. An Hunger sterben jedoch trotz Erfolgen der Hungerhilfe der letzten Jahre weltweit 25000 Menschen – am Tag.



Ein Virus namens Klimawandel

Die Klimarettung müsste ähnlich massiv betrieben werden wie der Kampf gegen COVID-19

Energiewende Wie würde eine schnelle, koordinierte und kollektive Reaktion auf den Klimawandel aussehen? Was würde passieren, wenn die Welt den Klimawandel genauso massiv bekämpfen würde wie das Coronavirus? Adele Peters hat sich mit der US-Klimaaktivistin May Boeve unterhalten.

Das Coronavirus hat unseren Alltag so stark verändert, dass die Auswirkungen bereits vom Welt- raum aus sichtbar sind. In China, wo Hunderte Millionen Menschen unter Quarantäne gestellt wurden, um die Ausbreitung der Krankheit zu stoppen, zeigen Satellitenfotos von vor und nach dem Stillstand, wie unmittelbar die Luftverschmutzung zurück- ging, kaum dass das Land in den Shutdown ging. In Europa und den USA werden ähnliche Phäno- mene beobachtet. Das Runterfah- ren der Wirtschaft kam fast über Nacht und machte so Vergleiche sehr schnell möglich.

Das Ausmaß der ökologischen Wirkungen des fast globalen Shutdowns lässt eine bange Fra- ge aufkommen: Wie würde es aussehen, wenn die Welt mit ei- nem ähnlichen Gefühl der Dring-

lichkeit auf die Klimakrise reagie- ren würde? Dabei war die Antwort auf die Corona-Bedrohung mög- licherweise gar nicht so schnell, wie sie hätte sein können – und sollen.

► Gewohnheiten rasch geändert

Wenn die chinesische Regierung schneller gehandelt hätte, wäre das Virus möglicherweise gar nicht in anderen Ländern ange- kommen. Natürlich sollten und konnten die schließlich doch er- griffenen autoritären Maßnah- men der chinesischen Regie- rung in weiten Teilen der Welt nicht angewandt werden. Den- noch haben Regierungen und Bürger auf der ganzen Welt ihre täglichen Gewohnheiten überra- schend schnell, widerspruchslös und sehr konsequent geändert.

Für die Klimakrise kann man das nicht behaupten. „Wir haben ge- sehen, dass Regierungen in sehr kurzer Zeit handeln und Men- schen ihr Verhalten rasch ändern können“, sagt May Boeve, Exe- cutive Director der Climate Advo- cacy Group 350.org. „Genau das fordert die Klimabewegung ange- sichts einer anderen Art von Be- drohung – der Klimakrise – seit Jahren von Regierungen und Be- völkerung, und doch sehen wir nach wie vor keine wirkungsvol- len und umfassenden Maßnah- men. Einerseits zeigt das schnel- le Handeln in der Pandemie, dass dies überhaupt möglich ist und dass eine De-Mobilisierung in sehr kurzer Zeit stattfinden kann. Das ist ermutigend, aber an die- sem Aspekt haben wir auch nie gezweifelt.“ Vielmehr sei die Fra- ge, ob es einen politischen Willen

für einen raschen Wandel auch im Bereich Klimaschutz gebe. Dabei gibt es ja durchaus Parallelen in den Szenarien: In beiden Fällen warnt die Wissenschaft seit Jahren vor Untätigkeit. Beide betreffen die öffentliche Gesundheit. Wie das Virus, tötet auch der Klimawandel bereits jetzt Menschen durch extreme Hitze und andere Katastrophen. Nahrungsmittel- und Wasserknappheit wird Hunderte Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen machen. Dieselben Schadstoffe, die zum Klimawandel beitragen, verursachen Verschmutzung der Atemluft, so dass jedes Jahr Millionen Menschen an Atemwegserkrankungen sterben. Krankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber werden sich ausbreiten, weil Mücken in neuen Regionen heimisch werden. Und wie beim Coronavirus werden Menschen, die in Gebieten mit den geringsten Ressourcen leben, am stärksten vom Klimawandel betroffen sein. „Auch der Klimawandel trifft die am stärksten gefährdeten zuerst und am schlimmsten“, sagt Boeve.

► Vorhersage der Auswirkungen

„Wir werden erleben, wie sich das aus der aktuellen Pandemie bekannte Muster wiederholen wird und können schon jetzt voraussehen, wie sich die Auswirkungen des Klimawandels entwickeln.“ Wenn die Welt auf den Klimawandel wie auf das Coronavirus reagieren würde – mit eben der Dringlichkeit, die die Wissenschaft in beiden Fällen für notwendig hält –, würden die Dinge dramatisch anders aussehen. „Wir würden erleben, wie plötzlich viele verschiedene Dinge gleichzeitig geschehen würden“, sagt Boeve.

► Hohe Investitionen nötig

Regierungen würden sehr schnell sehr viel Geld für den Aufbau einer Infrastruktur bereitstellen, die für die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien nun mal erforderlich ist. „Die Systeme sind inzwischen günstig und in ausreichender Zahl verfügbar, aber eine Infrastruktur, die es

Menschen überall ermöglichen würde, saubere Energie zu nutzen, würde massive staatliche Investitionen erfordern“, sagt sie. „Wir würden ‚Klima-Soforthilfen‘ sehen, um den Menschen den raschen Umstieg auf erneuerbare Energien zu erleichtern.“

► Wichtigkeit des Klimas

Nach Waldbränden und extremen Überschwemmungen würden Hilfspakete die Wichtigkeit eines verträglichen Klimas unterstreichen. In Fabriken würde mit staatlicher Hilfe auf CO₂-freie Produktion umgestiegen werden. Bauernhöfe würden auf eine regenerative Landwirtschaft umsteigen. So wie die Luftfahrtindustrie wegen des Coronavirus zu kämpfen hat, würden einige Branchen mit deutlich negativen Auswirkungen konfrontiert sein. „Die Öl-, Kohle- und Gasindustrie, die in unserer Wirtschaft bislang so floriert, würde zwangsläufig sterben müssen“, sagt Boeve, „und wir müssten Wege finden, auch die Arbeiter aus diesen Branchen zu unterstützen.“

Es sind eine ganze Reihe verschiedener Dinge, die alle ziemlich schnell passieren könnten, weil wir ja tatsächlich wissen, was passieren muss“, sagt sie. „Interessant an dem, was sich bei einem Notfall im Bereich der öffentlichen Gesundheit abspielt, ist, dass die Gesellschaft überwiegend Vertrauen zu Behörden und

Die Maßnahmen sind bekannt und die Leute bereit. Nur die Politik zaudert.

Ärzten hat und bereit ist, empfohlene und gar geforderte Maßnahmen zu akzeptieren. Gleiches gilt für die gesellschaftliche Stimmung zum Klimawandel. Die notwendigen Maßnahmen sind bekannt, die Leute sind bereit – nur die Politik zaudert. Das ist der große Unterschied zur Corona-Pandemie.“

► Der Unterschied zu Corona

Eine wachsende Zahl von Städten und Ländern hat offiziell einen Klimanotfall ausgerufen. Einige handeln schneller als an-



May Boeve beim C40-Treffen in Kopenhagen im Oktober 2019. Die C40 Cities Climate Leadership Group (C40) ist ein globales Netzwerk von über 80 Großstädten, die sich für den gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel zusammengeschlossen haben. 2016 wurde C40 mit dem Ziel gegründet, ausgewählte Städte bei der Vorbereitung und Umsetzung von nachhaltigen, kohlenstoffarmen Projekten sowie von Klimaanpassungsmaßnahmen zu unterstützen.

dere. Die gesellschaftliche Mobilisierung aber unterscheidet sich grundlegend von den Reaktionen auf den Ausbruch von COVID-19. Dies liegt zum Teil daran, dass der Klimawandel trotz der wachsenden Zahl klimabedingter Katastrophen, die jedes Jahr auftreten, immer noch als ein weit entferntes Problem wahrgenommen wird. Ein weiteres Hemmnis für rasches Handeln: In der Klimakrise hätten mächtige Unternehmen viel zu verlieren, sollte die Welt entschlossen handeln. Gegen die Corona-Maßnahmen gibt es, obwohl viele Menschen in wirtschaftliche Not geraten werden oder es schon sind, keinen ähnlich massiven Widerstand. „Die fest verwurzelte Macht des Geldes und der Wunsch nach dem Beibehalten des Status Quo erklären die unterschiedliche Herangehensweise an Klimawandel und Pandemie“, sagt Boeve. „Doch die Dinge ändern sich, die Stimmung beginnt zu kippen. Politisch wird es immer schwieriger, beispielsweise Spenden von Unternehmen der fossilen Energiegewinnung zu rechtfertigen. Das beginnt sich zu verschieben.“



May Boeve



Verschiedentlich wird behauptet, das neue alternative Standortsuchverfahren geschehe auf wissenschaftlich basierten Grundlagen. Doch die Kriterien sind politisch gesetzt. Um zerstörtes Vertrauen neu aufzubauen, ist eine wissenschaftliche Untersuchung erforderlich, die den Wechsel der Kriterien am Standort Gorleben unvoreingenommen darlegt und begründet. Zum Beispiel erklärte man früher, ein „Mehrbarrierensystem“ mit einem stabilen Deckgebirge sei erforderlich. Weil es das Deckgebirge nicht gibt, wurde der „Einschlusswirksame Gebirgsbereich“ eingeführt. Über Jahrzehnte war die Trockenheit von Salz als besonders wichtiges Kriterium benannt worden, vor 20 Jahren hob Prof. Dr. Helmut Röthemeyer in Loccum dagegen die hohe Bedeutung der Verdünnung hervor. So entsteht der Eindruck, dass in der Vergangenheit die Kriterien immer dann „korrigiert“ wurden, wenn dies zu einem Ausschluss des Standortes Gorleben geführt hätte. Das schafft kein Vertrauen. **Pastor Eckhard Kruse für den Umweltausschuss der Kirchenkreissynode Lüchow-Dannenberg**



Sicherlich wäre ein Ausscheiden des Salzstockes Gorleben-Rambow auch zu einem späteren Schritt des Auswahlverfahrens möglich – und spätestens dann auch geboten. Ich denke aber, für die Glaubwürdigkeit des Endlagersuchverfahrens wäre diese frühzeitige schon im ersten Verfahrensschritt wissenschaftlich begründete Entscheidung sehr wertvoll. Denn wenn durch das Ausscheiden von Gorleben-Rambow die Fehler in der Vergangenheit eingestanden und sogar die bereits getätigten Investitionen in den Standort Gorleben aufgegeben würden, so wäre dies ein deutliches Zeichen an die Bevölkerung, dass wirklich die Sicherheit bei der Standortauswahl die höchste Priorität hat. **Dr. Julia Verlinden, MdB Bündnis90/Die Grünen**



Der Standort Gorleben-Rambow hätte schon längst aus dem Endlagersuchverfahren ausscheiden müssen. Aber weder die „Endlager“-Kommission noch die Bundestagsmehrheit aus CDU/CSU, SPD und Bündnis90/Die Grünen haben die Chance für einen umfassenden Neustart der Endlagersuche genutzt. Stattdessen ist das Suchverfahren für ein Atommülllager für hochradioaktive Abfälle weiterhin mit dem geologisch ungeeigneten und politisch verbrannten Standort Gorleben kontaminiert. Ein glaubwürdiger Neustart kann mit Gorleben im Verfahren nicht gelingen. Das war immer meine Überzeugung, und deswegen haben wir LINKEN das Standortauswahlgesetz im Bundestag ja auch abgelehnt. Und auch jetzt bin ich der Auffassung, dass Gorleben im ersten Verfahrensschritt im Herbst 2020 aus dem Suchverfahren ausscheiden müsste, wenn die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihren Zwischenbericht vorlegen will. **Hubertus Zdebel, MdB Die Linke**



Wenn es mit rechten Dingen zugeht, wenn man sich wirklich sehr sachlich auseinandersetzt, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass es eine entsprechende Endlagerung in Gorleben gibt. **Nds. Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)**



Was soll denn da noch passieren – eigentlich ist die Sachlage ganz klar. Die Crux liegt natürlich im Wörtchen „eigentlich“. Salz halte ich prinzipiell für ein geeignetes Medium, aber nicht, wenn es so jung aktiviert, so hochreichend ist und so erhebliche Beeinträchtigungen durch exogene Beanspruchung erlebt hat, wie es in der Struktur Gorleben-Rambow der Fall ist. Ein Ausschlussgrund bei der Endlagersuche ist eine aktive Störungszone. **Werner Stackebrandt, ehemals Leiter des Brandenburger Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe**



Mit Spannung wird erwartet, wie die BGE mit dem Salzstock Gorleben in dieser Phase des Standortauswahlverfahrens umgeht. In einem ergebnisoffenen Verfahren wäre er aus dem weiteren Verfahren auszuschließen, da ein Ausschlusskriterium nach § 22 StandAG erfüllt ist und zudem keine günstige geologische Gesamtsituation vorliegt. Verbliebe dennoch Gorleben als eines der Teilgebiete im Standortauswahlverfahren, würde dies die Glaubwürdigkeit des Verfahrens massiv in Frage stellen. Der Umgang mit dem Salzstock Gorleben ist somit der Lackmusestest für die Ergebnisoffenheit des Standortauswahlverfahrens. **Diplom-Geologe Ulrich Kleemann**



Eine andere Frage ist, ob die BGE die Teilgebiete möglicherweise erheblich größer als das Gebiet des Salzstocks Gorleben wählt und dann nur allgemeine Aussagen zum Gesamtgebiet macht (z.B. mehrere Salzstöcke großer Ausdehnung mit ausreichender Mächtigkeit in geeigneter Teufe). Auch in diesem Fall muss nach meiner Meinung Gorleben nach den Ausführungen im „Gorleben-Kapitel“ von der weiteren Suche ausgeschlossen werden. Denn die Anforderungen und Kriterien der §§ 22, 23 und 24 StandAG müssen für das gesamte betrachtete Teilgebiet erfüllt sein. Ist bekannt, dass dies auf einen Teil des Teilgebiets nicht zutrifft, muss dieser Teil herausgenommen und für die weitere Suche verworfen werden. Denn anderenfalls würde das vom StandAG aufgestellte Regelwerk für die Suche umgangen werden.

Nikolaus Piontek, Rechtsanwalt

United Colors of Gorleben



Ich bin oft verblüfft, wie sehr die Vorarbeiten des Gesetzgebers als unveränderlich hingenommen werden. Natürlich sind viele Paragraphen das Ergebnis intensiver Debatten und Kompromisse, aber ich weiß aus der Kommissionsarbeit, dass manche Regelungen einfach auf Zufällen basieren oder auf Annahmen, die sich heute ganz anders darstellen. Der Anspruch des lernenden Verfahrens muss auch für den Gesetzgeber gelten. **Hans Hagedorn, Partizipationsbeauftragter des Nationalen Begleitgremiums**



Von großer Bedeutung ist beispielsweise die Anwendung des Ausschlusskriteriums „Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit“. Im Gesetz ist festgelegt, dass „Folgen von Maßnahmen zur Erkundung potenzieller Endlagerstandorte bei der Anwendung des Kriteriums außer Betracht bleiben. Aber gerade beim Bergwerk in Gorleben kommt es zur Nagelprobe. Hier ging es nicht um Erkundung, sondern um Bau. Das zeigen die frühen Akten eindeutig.

Stefan Wenzel, 2013-2017 niedersächsischer Umweltminister (Grüne)



Partizipation oder Particitainment?

Hält das Endlagersuchverfahren, was das Gesetz verspricht?

StandAG Der interessierten Öffentlichkeit wird immer wieder erklärt, dass die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle wissenschaftsbasiert, partizipativ und transparent sei und dass es sich um ein selbsthinterfragendes, lernendes Verfahren handele. Kein Wunder, dass dieses Bekenntnis formelhaft wiederholt wird: Das steht so auch im Text des Standortauswahlgesetzes (StandAG). Lia Jahrens geht der Frage auf den Grund, ob das Verfahren nur läuft, oder ob es gut läuft.

Dabei sind die Rollen bekanntlich wie folgt verteilt: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist der Vorhabensträger. Sie wertet derzeit die geologischen Daten aus, die von den Landesämtern zusammengestellt wurden, und will im dritten Quartal 2020 einen ersten Zwischenbericht vorlegen. Zu diesem Zwischenbericht wird von der einzuberufenden „Fachkonferenz Teilgebiete“ eine Stellungnahme verfasst.

► Erste Phase der Beteiligung

Diese Konferenz ist die erste formale Phase der Beteiligung, die vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) gesteuert wird, denn das BASE, so die Rollenverteilung, ist für die Partizipation zuständig. Laut StandAG beruft das Bundesamt dann die erwähnte „Fachkonferenz Teilgebiete“, die nur dreimal zusammenkommt und einen Bericht erstellt. Der Vorhabensträger, also die BGE, so heißt es im Gesetz, „berücksichtigt die Beratungsergebnisse“ der Fachkonferenz bei der Benennung der Standorte, die obertägig zu erkunden sind.

Die große Frage ist, welche Rolle die interessierte Öffentlichkeit tatsächlich spielt. Ob Bürgerinnen und Bürger, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen, Umweltverbände und Wissenschaftler/-innen auf Augenhöhe mitdiskutieren und mitentscheiden werden. Wie ist das gemeint, wenn das BASE auf seiner Webseite schreibt: „Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist eine der Voraussetzungen, damit die Endlagersuche gelingen kann. Denn die betroffene Region wird den ermittelten Standort nur dann tolerieren können, wenn das Verfahren transparent und die Entscheidung nachvollziehbar ist.“ Mit der Formulierung dieses Anspruchs legt das BASE die Messlatte für seine Arbeit recht hoch, doch wird sie dem gerecht?

► Das Gesetz ist ein Kompromiss

Beim Standortauswahlgesetz, das die Basis zur Suche nach einem bestmöglichen Endlager für (hoch-)radioaktiven Müll bildet, handelt es sich um einen politischen Formelkompromiss, mit dem – um es vorsichtig auszudrücken –

nicht alle wirklich glücklich waren. Gerungen wurde unter anderem um geologische Abwägungskriterien, um die Frage, ob auf den bisherigen Standort Gorleben verzichtet werden sollte, gerungen wurde auch um Art und Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung. Bei aller Uneinigkeit spielte bei den getroffenen Entscheidungen und gefällten Kompromissen die Glaubwürdigkeit des Verfahrens vorgeblich eine entscheidende Rolle. Gerade die „Öffnungsklausel“ im Paragraph 5 des StandAG wurde in politischen Sonntagsreden immer wieder als Beleg dafür genommen, dass es sich bei dem Gesetz um ein lernendes Verfahren handele, weil das Gesetz die Möglichkeit böte, für die Beteiligung der Öffentlichkeit fortentwickelt zu werden, explizit über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus (siehe §5, Abs. 3 StandAG).

Und es gäbe tatsächlich zahlreiche Anlässe zu einer Fortentwicklung des Gesetzes.

So zeigt sich zum Beispiel bei der Anwendung von geologischen

Ausschluss- und Abwägungskriterien bei der Endlagersuche, dass das StandAG mit heißer Nadel gestrickt wurde, weil nämlich politische Interessen unverblümt in das Gesetz eingeflossen sind. Geotechnische und soziotechnische Fragestellungen können jetzt bei der Anwendung des Gesetzes immer besser identifiziert werden. Vor allem mit Blick auf die Begleitprozesse wurden die Rufe nach einer Entschleunigung des Verfahrens immer lauter: Klärung und Transparenz, Sorgfalt vor Eile wurde angemahnt, und das gilt jetzt erst recht für die mit der Corona-Krise verbundenen Herausforderungen. Die entscheidende Frage ist, inwieweit der vom BASE selbst postulierte Anspruch hier zur Wirklichkeit werden kann.

► Inszenierte Bürgerbeteiligung

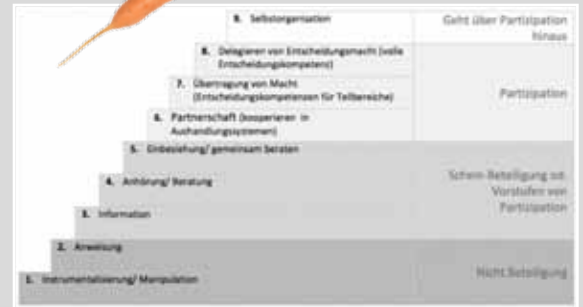
Es drängt sich allerdings der Eindruck auf, dass die Beteiligung nicht über deren Inszenierung und nicht über die Stufe asymmetrischer Informationsflüsse hinausgekommen ist. Eine Umschreibung dafür gelang dem Forscher Klaus Selle wunderbar: „Participation greift um sich. Statt substanzieller Diskurse im Kontext einer lebendigen lokalen Demokratie wird eine Bürgerbeteiligung inszeniert, die Teilhabe an Meinungsbildung und Entscheidungen suggeriert, ohne dies einlösen zu können. De facto bleiben viele Ergebnisse dieser Prozesse ohne wesentlichen Einfluss [...]“ Dieses Zitat stammt aus einem immer wieder viel beachteten Aufsatz von Selle aus dem Jahr 2011 mit dem Titel „Participation oder: Betheiligen wir uns zu Tode?“ Der Fokus der konkreten Beispiele liegt in diesem Aufsatz zwar auf Fragen der Stadtentwicklung, aber die Analyse bezieht sich auf Defizite beziehungsweise Entwicklungspotenziale in der Demokratieentwicklung und ist somit substanziell interessant auch für die Analyse der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des StandAGs.

Egal nämlich, in welchen Prozessen Partizipation eingesetzt wird: Befragt man beteiligte Bürger, Politiker, Vorhabensträger, Unter-

nehmer und sonstige Stakeholder, so ist neben Konfliktvermeidung, verbesserter Kommunikation und Einbindung in Entscheidungen die Vertrauensbildung ein immer wieder an vorderster Stelle genanntes Argument. Nur wenn die Vertrauensbildung gelingt, sehen Bürger ihre Interessen gewahrt, was im Falle der Endlagersuche nichts Geringeres bedeutet, als das Recht auf körperliche Unversehrtheit für Generationen sowie die Bewahrung der Schöpfung. Will man die Öffentlichkeitsbeteiligung bewerten, so ist also die Frage zu stellen, ob das Ziel der Vertrauensbildung durch die ergriffenen Formate befördert oder zu einer Leerformel wird. In Formaten der Öffentlichkeitsbeteiligung kann man immer wieder das Abbrennen von Beteiligungsf Feuerwerken erleben, die zwar nach allen Regeln der Kunst ein Mehr an Ideen und viele mit bunten Zetteln beschriebene Wände produzieren – jedoch bleibt die Frage nach der Wirkmächtigkeit. Eine öffentlichkeitswirksame Inszenierung von Verfahren allein stellt nicht sicher, dass die Ergebnisse der Beteiligungsformate substanziell einfließen in die konkrete Arbeit und die zu treffenden Entscheidungen. Noch weniger ist sichergestellt, dass für die Teilnehmenden Transparenz hergestellt wird bezüglich des Umgangs mit den nach allen Regeln der Kunst erzielten Ergebnissen in den Beteiligungsformaten. In diesem Fall ist es unerheblich, ob es sich bei den Formaten um analoge oder digitale handelt – sie sind diskursfern und faktisch wirkungslos.

► Immer mehr vom Gleichen

Klaus Selle zieht in seinem Text ein ausführliches Resümee in mehreren Teilen. Sehr augenfällig ist, dass die Partizipationsformate ihren Namen nicht verdienen, wenn sie über Informationen oder allenfalls Konsultation nicht hinausgehen, aufgehübscht durch die Versuchung, Prozesse durch ein immer Mehr vom immer Gleichen verbessern zu wollen, ohne dass man über die Stufe einer Scheinpartizipation hin-



Die Partizipation wird geregelt im §5 des StandAG

(1) Ziel der Öffentlichkeitsbeteiligung ist eine Lösung zu finden, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird und damit auch von den Betroffenen toleriert werden kann. Hierzu sind Bürgerinnen und Bürger als Mitgestalter des Verfahrens einzubeziehen.

(3) Das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit wird entsprechend fortentwickelt. Hierzu können sich die Beteiligten über die gesetzlich geregelten Mindestanforderungen hinaus weiterer Beteiligungsformen bedienen. Die Geeignetheit der Beteiligungsformen ist in angemessenen zeitlichen Abständen zu prüfen.

Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung ist das BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung). In dem Konzept Papier „Information, Dialog, Mitgestaltung – Öffentlichkeitsbeteiligung in der Startphase der Endlagersuche“ aus April 2019 stellt das Bundesamt heraus, dass bei der Öffentlichkeitsbeteiligung – wie im Gesetz vorgesehen – rein konsultative Verfahren zum Tragen kommen (sollen). Das BASE unterteilt diese konsultativen Verfahren noch in Dialog und Mitgestaltung. Es sei hier einmal mehr erwähnt, dass damit nur eine Vorstufe von Partizipation bzw. Schein-Beteiligung erreicht wird. Oder, um es mit den Worten des UFU-Instituts auf den Punkt zu bringen: „Der Beteiligungsprozess geht also nicht unmittelbar von den Bürgerinnen und Bürgern bzw. den relevanten Stakeholdern aus, sondern wird gesetzlich angeregt bzw. vorgeschrieben. Zugespielt: Herr des Verfahrens sind in erster Linie andere, nämlich hier BFE (jetzt BASE, *Anm. d. Red.*) bzw. Geschäftsstelle und nicht die Teilnehmenden selbst. Dies ist per se ein weniger gutes Vorzeichen für einen offenen und selbstbestimmten Beteiligungsprozess, (...)“ („Erhebung, Analyse und Bewertung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung im Standortauswahlverfahren“, Gutachten für das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, UFU-Institut, 2018)

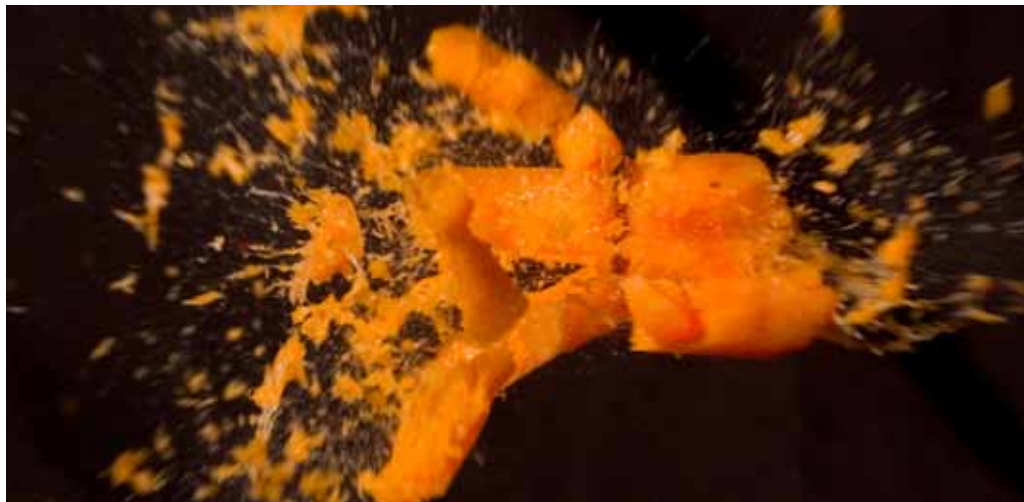
auskommt (siehe Kasten S. 19). Das berge die Gefahr für Frustration und Vertrauensverlust auf allen Seiten. Ansatzpunkte einer demokratieförderlichen Beteiligung seien vielmehr ein solides Fundament mit positiven Kommunikationserfahrungen, die sich in einem kontinuierlichen Prozess spiralförmig aufbauen ließen.

Auch daraus lässt sich ableiten, was immer wieder gefordert wird: In den jetzt anstehenden Beteiligungsprozessen bei der Endlagersuche muss dieses Fundament erst noch gebaut werden, die Konflikte der Vergangenheit sind nicht aufgearbeitet und reichen in aktuelle Prozesse nach wie vor hinein. Misstrauen herrscht vor.

► Beteiligung wird formal

Die bisherigen Beteiligungsformate des BASE trugen und tragen alle einen bloß informellen Charakter. Mit der „Fachkonferenz Teilgebiete“ wird, wie gesagt, nun das erste formale Beteiligungsformat aufgerufen werden und damit ein konkreter Einstieg in den gesetzlichen Auftrag. Derzeit laufen die Vorbereitungen. Schon vor den Unwägbarkeiten durch die Corona-Situation waren die Überlegungen gekennzeichnet durch Planen unter Unsicherheit, denn die Teilnehmer/-innenzahl ist vollkommen offen. Dabei sein kann theoretisch jede Bürgerin, jeder Bürger. Darüber hinaus werden die Teilnehmenden sehr heterogen sein bezüglich ihres Wissensstandes und ihrer Motivlage. Aufgabe und Ziel der Fachkonferenz lassen sich dafür umso klarer umreißen. Laut Gesetz ist dies die Erörterung des Zwischenberichtes an höchstens drei Terminen innerhalb von sechs Monaten. Es geht um eine inhaltliche Befassung mit dem von der BGE vorgelegten Zwischenbericht, in dem die Ausschlusskriterien, die geologischen Mindestanforderungen und die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien angewendet und dargestellt sein werden. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, sind in der Vorbereitung allerdings einige Fragen zu erörtern.

So muss beispielsweise geklärt



► Manche vorgehaltene Karotte entpuppt sich als bloße Möhre

werden, ob die Moderation durch die Geschäftsstelle oder externe Dienstleister erfolgen soll, mit welchen Ressourcen die Bürger/-innen ausgestattet werden können oder gar müssen, um „Augenhöhe“ zu erreichen, und in welcher Form und vom wem genau die abzugebende Stellungnahme verfasst werden wird, um nur einige problematische Aspekte zu nennen. Ein weiterer Knackpunkt ist der zeitliche Rahmen der Veranstaltung. Nicht nur die Wochentage, an denen so etwas stattfinden kann, sondern auch der Startzeitpunkt der Veranstaltungsreihe können über Erfolg oder Misserfolg der „Fachkonferenz Teilgebiete“ mitentscheiden. Auch wenn offizielle Stellen dieser Konferenz in ihrer Stellung im Gesamtverfahren nur eine untergeordnete Bedeutung zuschreiben, so kann man trotzdem die Messlatte für die Bewertung der Vorbereitung und Durchführung nicht hoch genug hängen.

► No more NIMBY

Folgt man der Intention der Endlagerkommission und auch den Empfehlungen aus einem Gutachten des UFU-Institutes (siehe Kasten S. 19), dann sollte Ziel der Fachkonferenz sein „eine standortübergreifende Sichtweise zu befördern, die den Aufbau eines Erfahrungs- und Wissensstandes befördert und damit die spätere Arbeitsaufnahme der Regional-konferenzen und des Rates der

Regionen sowie die weitere Beteiligung erleichtern kann.“ Ein lohnenswertes Ziel, das zu verfolgen sich auszahlen wird, wenn man zumindest den Versuch unternehmen möchte, ergebnisoffene Endlagersuche frei von NIMBY-Diskussionen (not in my backyard – nicht in meinem Hinterhof) zu befördern.

► Lackmustest fürs Verfahren

Damit wäre nicht nur die „Fachkonferenz Teilgebiete“, sondern auch ihre Vorbereitung durchaus ein Lackmustest für das gesamte Verfahren, ein Indikator für die alles entscheidende Frage, ob es trotz der in manchen Augen schon im Gesetz angelegten Schwächen der vorgesehenen Partizipation zu einem so starken Vertrauenszuwachs in das Verfahren kommen kann, dass das Ergebnis am Ende von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden wird, so wie es im Gesetz als Ziel formuliert wurde.

Dazu müssten die Möglichkeiten des Gesetzes ausgeschöpft werden im Sinne der Implementierung einer echten Beteiligung. Darüber hinaus stellt sich die Frage, welchen Sinn es ergibt, dass die Bundesgesellschaft für Endlagerung einen Bericht der „Fachkonferenz Teilgebiete“ lediglich „berücksichtigen“ muss. Beides wären leider zu erwartende absurde Szenarien und eben leider Lehrbeispiele für ein reines Particitainment. 

Eiskalt abgewehrt

+++ 18. Februar 2020 +++ Papier Hagedorn +++ abgewehrt +++

Der Partizipationsbeauftragte des Nationalen Begleitgremiums (NBG) Hans Hagedorn entwickelt für die Fachkonferenz Teilgebiete ein Ressourcenpapier, in dem er verschiedene Modelle zur Diskussion stellt, die sich mit der Frage beschäftigen, wie es gelingen kann, die zeit- und kostenintensive Mitarbeit in der Begleitung der Suche nach einem Endlager auch den zahlreichen Akteuren zu ermöglichen, die nur über geringe Ressourcen verfügen. Er legt darin insbesondere Wert auf Herstellung von Augenhöhe. **Das BASE wehrt eiskalt ab.**

https://www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/fachinfo/soa/20200218_5_Sitzung_Beratungsgruppe_Anlage2.html;jsessionid=DA4C1B4FF4A1EF5D12287FFF7EDEAA5E.2_cid339

+++ 30. März 2020 +++ Skizze des NBG-Partizipationsbeauftragten zur Weiterentwicklung des Verfahrens +++ abgewehrt +++

Das Standortauswahlverfahren wurde für stabile gesellschaftliche Rahmenbedingungen entwickelt. Die Pandemie und ihre Schutzmaßnahmen verändern die fein austarierte Balance des Standortauswahlgesetzes. Der Partizipationsbeauftragte skizziert vier Szenarien, wie sich das Verfahren anpassen kann.

https://www.nationales-begleitgremium.de/SharedDocs/Kurz-meldungen/DE/Texte_Partizipationsbeauftragter/Unerwartet_neue_Wege_30.3.2020.html

+++ 8. April 2020 +++ Offener Brief des BUND +++ abgewehrt +++

Konkret fordert der BUND ein Moratorium für den Suchprozess und die Verschiebung der Veröffentlichung des für 2020 angekündigten Zwischenberichts mindestens in das Jahr 2021. Das Antwortschreiben im Schulterchluss zweier Behörden folgt unmittelbar.

BASE und BGE wehren eiskalt ab.

https://www.endlagersuche-infoplattform.de/SharedDocs/IP6/BASE/DE/20200420_Antwort_BASE_BGE_an_BUND_Moratorium.html

+++ 23. April 2020 +++ NBG fordert Verschiebung +++ abgewehrt +++

Aufgrund zahlreicher verfahrensrelevanter Hemmnisse, aber insbesondere vor dem Hintergrund der umfassenden Verzögerung vieler Arbeitsvorgänge und Verhinderung zivilgesellschaftlicher Veranstaltungen durch die Corona-Pandemie, fordert das Nationale Begleitgremium (NBG) eine Verschiebung der Veröffentlichung des Zwischenberichtes und der „Fachkonferenz Teilgebiete“ um fünf bis sechs Monate. **Das BASE wehrt eiskalt ab.**

https://www.nationales-begleitgremium.de/SharedDocs/Downloads/DE/Downloads_Korrespondenz/Antwort_BASE_NBG-Forderung_Verschiebung_30.04.2020.pdf?__blob=publicationFile&v=2

+++ 28. April 2020 +++ Brief der Gartower Runde +++ abgewehrt +++

Bundesumweltministerin Svenja Schulze, der Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König, und Stefan Studt, der Vorsitzende der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), haben einen gleichlautenden Brief aus dem Wendland bekommen. Darin fordern wendländische Atomkraftgegner/-innen die verantwortlichen Institutionen auf, den bisherigen Terminplan für die Standortsuche auszusetzen und darzulegen, wie unter den Bedingungen der Corona-Pandemie weiter vorgegangen werden soll.

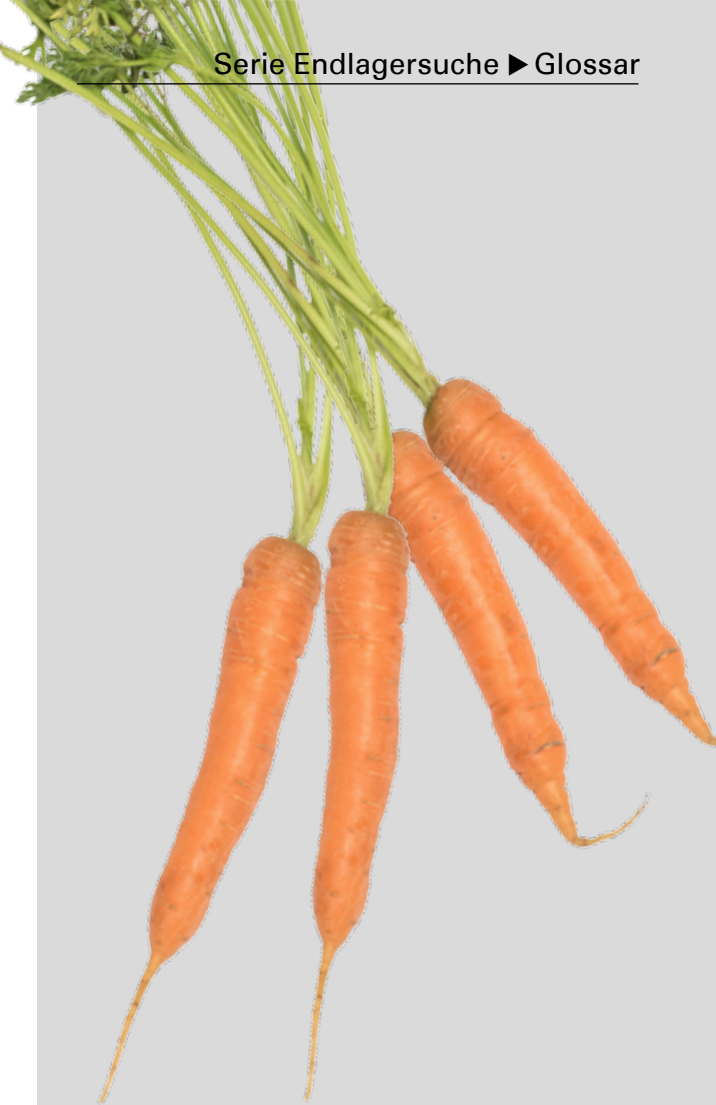
In einem Besuch im Wendland am 15. Mai versucht BASE-Präsident Wolfram König darzulegen, warum ein Moratorium nicht möglich ist. Die Wendländer/-innen sind darüber empört. Und dennoch: **Das BASE wehrt eiskalt ab.**

Die Fachkonferenz Teilgebiete wird beschrieben im §9 des StandAG

(1) Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung beruft nach Erhalt des Zwischenberichts nach § 13 Absatz 2 Satz 3 eine Fachkonferenz Teilgebiete. Teilnehmende Personen sind Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Gebietskörperschaften der nach § 13 Absatz 2 ermittelten Teilgebiete, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

(2) Die Fachkonferenz Teilgebiete erörtert den Zwischenbericht des Vorhabenträgers nach § 13 Absatz 2 in höchstens drei Terminen innerhalb von sechs Monaten. Hierzu erläutert der Vorhabenträger den Teilnehmern der Fachkonferenz Teilgebiete die Inhalte des Zwischenberichts. Die Fachkonferenz Teilgebiete legt dem Vorhabenträger ihre Beratungsergebnisse innerhalb eines Monats nach dem letzten Termin vor. Mit Übermittlung der Beratungsergebnisse an den Vorhabenträger löst sich die Fachkonferenz Teilgebiete auf. Der Vorhabenträger berücksichtigt die Beratungsergebnisse bei seinem Vorschlag für die übertägig zu erkundenden Standortregionen nach § 14 Absatz 2.

(3) Die Fachkonferenz Teilgebiete wird von einer Geschäftsstelle unterstützt, die beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung eingerichtet wird.





Alter Wein in neuen Schläuchen

Fehlstart der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der „neuen“ Endlagersuche

Öffentlichkeitsbeteiligung BI-Mitglied Lia Jahrens hat sich tief in die Materie der „neuen“ Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll eingearbeitet. Das kostet Zeit, Mühen und sogar Geld. Nach rund einem Jahr der Teilnahme an Sitzungen und Konferenzen zieht sie eine erste Zwischenbilanz.

Gestatten, mein Name ist Öffentlichkeit, interessierte Öffentlichkeit, kurz: iÖ. Ich verfolge seit geraumer Zeit den „Neustart“ des Suchverfahrens nach einem bestmöglichen Standort für ein Endlager für den radioaktiven Müll, den ich im Übrigen gar nicht gewollt habe, aber das ist eine andere Geschichte: Castortransporte, kalte Nächte mit Heißgetränken auf den Straßen und so weiter ...

Mit dem Standortauswahlgesetz (StandAG) soll alles neu und gut werden. Ergebnisoffen, wissenschaftsbasiert und so. Und ich als Öffentlichkeit soll beteiligt werden, steht extra im Gesetz. Als das 2017 kam, hatten mich viele Mitstreiter/-innen gewarnt und gesagt, dass die vorgesehene Beteiligung nicht ausreicht, eigentlich nur Scheinbeteiligung ist. Noch als das Gesetz beraten wurde, hatten Atomkraftgegner und Umweltverbände geschlossen dagegen protestiert und Änderungen gefordert. Genutzt hat

es wenig, das Gesetz wurde beschlossen, und ich gucke es mir seitdem immer wieder an. „Abwarten“, hieß es damals noch, das Verfahren sei ja lernend und könne sich an besondere Erfordernisse und Veränderungen in der Gesellschaft anpassen. Ich als iÖ dachte: Schau’n wir mal.

► Gut gedacht, wie gemacht?

Zuständig für die Organisation und Durchführung von Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall ist das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Schon seit letztem Jahr bietet es Workshops an, Vorträge, Gastteilnahmen an Sitzungen. Es hat eine umfangreiche Website erstellt und verschickt regelmäßig Newsletter. Allein dem allen zu folgen, ist schon zeitaufwändig und erfordert viel Verständnis der Materie, der Verfahrensschritte und

der Behördenstruktur. Da muss ich als iÖ aber durch, sonst bin ich gleich außen vor. Wer weiß, wer da schon so alles aufgegeben hat.

► Beteiligung macht Arbeit

Ich habe mich durch Protokolle gewählt, mit Beteiligten gesprochen und an Sitzungen und Telefonkonferenzen teilgenommen, bis die Ohren glühten. Da raucht einem als iÖ gelegentlich ganz schön der Kopf. Zugegeben, noch ist die vielbeschworene interessierte Öffentlichkeit ein kleiner Kreis, aber wir werden viele werden, dann nämlich, wenn im Herbst 2020 der so genannte „Zwischenbericht Teilgebiete“ von einem anderen Player, der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), vorgelegt wird. Aus dem wird hervorgehen, in welchen Regionen ein Endlager denkbar wäre. Was dann sehr schnell folgt, ist die „Fachkonferenz Teilgebiete“, in der viele neue iÖs und

kommunale Vertreter/-innen der Regionen zusammenkommen sollen, um zu verstehen und zu diskutieren, was da aus heiterem Himmel über sie hereingebrochen ist. Sechs Monate haben sie Zeit sich dreimal zu treffen, dann soll eine Stellungnahme verfasst werden, die im weiteren Verfahren „berücksichtigt“ werden soll – was immer das heißt. Na denn!

► **Transparenz und Vertrauen sind das A und O**

Aber Schritt für Schritt: Ich als iÖ dachte zu Beginn: Schau’n wir mal, wie das BASE diesen ersten formalen Beteiligungsschritt vorbereiten wird und hatte mir auf den Bildschirm meines Laptops mit einem dicken Filzstift die Prädikate *Transparenz* und *Vertrauen* geschrieben. Die spannende Frage lautet: Werden die Möglichkeiten des Gesetzes ausgeschöpft, um einen lebendigen Beteiligungsprozess zu initiieren? Denn wenn es nicht gelingt, in diesem ersten formalen Verfahrensschritt ein solides Fundament zu bauen, dann sehe ich schwarz. Dann weiß ich nicht, wie es gelingen soll, ein Vertrauen herzustellen, auf dessen Basis ein gesellschaftlicher Konsens bezüglich der Endlagersuche wachsen kann.

► **Viel Streit, wenig Kompromiss**

Um es vorweg zu nehmen: So richtig gut sieht’s nicht aus. Ja, das BASE hat eine Beratungsgruppe eingesetzt, in der Fragen zur Vorbereitung der Fachkonferenz diskutiert werden. Nein, so richtig anzukommen scheinen die Anliegen der iÖ dort nicht. Auch die Mitglieder des Nationalen Begleitgremiums (NBG), die ursprünglich Sitze in dem Gremium innehatten, haben nach der dritten Sitzung in den Gaststatus gewechselt, denn die von Ihnen vorgebrachte Kritik führte nicht zu substantziellen Veränderungen. Ein bemerkenswerter Akt. Gestritten wurde darum, die Zeitspanne bis zur ersten „Fachkonferenz Teilgebiete“ auszudehnen, die tickende Uhr ein wenig anzuhalten – erst recht unter dem Vorzeichen der Corona-Pandemie.

Die Idee war und ist, den BGE-Bericht auf einer Präkonferenz vorzustellen und die erste Sitzung erst nach einer Einlesezeit in den März zu legen.

Gestritten wurde auch darum, wie man der iÖ die Teilnahme an den Fachkonferenzen überhaupt ermöglichen kann, denn die iÖ muss ja oft auch noch arbeiten. Angedacht waren mehrtägige Konferenzen etwa von Donnerstag bis Sonntag, was berufstätige iÖs mitunter von der Teilnahme ausschließen würde, aber auch dazu gab es Lösungsvorschläge wie Freistellungsmöglichkeiten durch Bildungsurlaub oder einen finanziellen Ausgleich bei einem notwendigen unbezahlten Urlaub.

All das wurde in den vielen Veranstaltungen auch immer wieder genau so dokumentiert. Wenn man als iÖ aber erfahren will, was da so gesprochen wurde, muss man sich durch seitenweise abfotografierte Pinnwände wühlen. Hoffnungslos! Am Ende war’s für die Katz.

Gestritten wurde schließlich auch darum, wie man für die iÖ Augenhöhe herstellen kann. Das meint unter anderem, dass sich die iÖ wissenschaftlichen Beistand organisieren kann. Dazu hatte der Partizipationsbeauftragte des Nationalen Begleitgremiums, Hans Hagedorn, ein umfangreiches und kluges Papier erstellt, in dem er dargelegt hat, wie man die Öffentlichkeit mit Mitteln ausstatten könnte. Der Erfolg war kümmerlich: Explizit ins Sitzungsprotokoll aufgenommen wurde nämlich nur, dass das Papier auf einer der nächsten Sitzungen wieder aufgerufen werden solle und man die rechtliche Machbarkeit prüfen wolle, so das BASE.

► **Corona und die Folgen**

Und nun kommt auch noch die Corona-Krise als zusätzliche Herausforderung und mit ihr die Frage, wie man die „Fachkonferenz Teilgebiete“ unter den

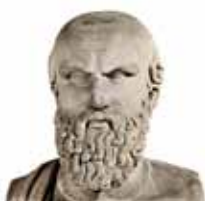




Breaking News

Die Vorstellung des „Zwischenberichts Teilgebiete“ wird am Samstag, dem 17. Oktober 2020 in Kassel erfolgen. Gleichzeitig und am gleichen Ort wird die erste „Fachkonferenz Teilgebiete“ vom 17. - 18. Oktober stattfinden.

mit der Pandemie einhergehenden Einschränkungen gestalten kann. Corona war überhaupt *das* Thema auf der bisher letzten Sitzung der Beratungsgruppe Ende April. Hoffnungsvoll habe ich mich per Telefon dieser Sitzung zugeschaltet. „Jetzt wird es spannend“, dachte ich, denn in den Wochen vor der Sitzung wurden eilig Papiere und offene Briefe mit Vorschlägen und Forderungen bezüglich der Partizipation in Zeiten der Pandemie geschrieben, unter anderen durch den BUND und



Die Stimme des Volkes ist schwer und gefährlich, wenn sie von Wut beherrscht wird.

Aischylos

das NBG. Darin wird mit Nachdruck die Forderung zu einem veränderten Verfahrensablauf beziehungsweise einem Moratorium in der Endlagersuche erhoben. Jetzt würde sich zeigen, wie lernend das Verfahren ist.

Das BASE bereitet die Sitzung vor und erstellt eine Tischvorlage mit einer synoptischen Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der verschiedenen Vorschläge. Die iÖ konnte sich da-

mit leider kaum befassen, denn das Papier ging den Teilnehmer/-innen der Sitzung erst zwei Stunden vor deren Beginn zu... Die Sitzung wurde eröffnet, auf die Tischvorlage wurde verwiesen und gleich im Anschluss verkündet, dass das BASE sich bereits mit allen Vorschlägen auseinandergesetzt habe und diese auch im Hinblick auf ein juristisches Gutachten zum Paragraphen 9 des StandAG – das ist der Paragraf, der die Aufgaben der „Fachkonferenz Teilgebiete“ umreißt – betrachtet habe, das durch den Verfasser Jörg Kuhnberg gleich vorgestellt werden würde. Konkret sei die Planung des BASE, die erste Sitzung der „Fachkonferenz Teilgebiete“ mit der Veröffentlichung des BGE-Zwischenberichts zusammenzulegen und optional dann einen vierten Termin für die Fachkonferenz anzubieten, um eventuellen Forderungen nach mehr Zeit entgegenzukommen.

Mir als iÖ blieb die Luft weg. Offensichtlich hatte das BASE seine Planungen schon abgeschlossen und die vorgebrachten Vorschläge und Forderungen nicht nur analysiert, sondern die Vor-

und Nachteile aller eingereichten Beiträge ohne weitere Diskussion mit den anderen Mitgliedern der Beratungsgruppe für sich schon abgewogen und ein Ergebnis erzielt. Weder wurde das Gutachten, das der BASE schon seit Wochen vorlag, zuvor veröffentlicht, noch wurden wesentliche Aussagen visualisiert. Wozu habe ich mir überhaupt die Zeit neben Arbeit, Alltag, Familie herausgeschunden, an all den Tagungen teilgenommen, etwas auf Stellwände geschrieben, in der Diskussion vorgebracht, wenn dann sogar die Vertreter/-innen der Beratungsgruppe und die um Transparenz und Partizipation bemühten NBG-Leute vor vollendete Tatsachen gestellt werden?

Von der iÖ könnten hier noch eine ganze Reihe Beispiele dafür angebracht werden, dass es mit dem Vertrauensaufbau so nichts wird. Darauf muss aus Platzgründen verzichtet werden, aber es dürfte auch so deutlich werden, dass das BASE durch sein Vorgehen den „alten Geist von Gorleben“ wiederbelebt und den „neuen Geist von Mitwirkung“ nicht nur nicht fördert, sondern nach-



Behörden | Kommissionen | Institutionen

BASE – Im **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (neuer Name seit 2020, vorher BfE)** werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

BGE – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das ►BASE.

BMU – Das **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** ist eine oberste Bundesbehörde. Sein Hauptsitz befindet sich in Bonn, sein zweiter Dienstsitz in Berlin.

Endlagerkommission – Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ war eine deutsche Bund-Länder-Kommission von 2014 bis 2016, die Empfehlungen zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe abgegeben hat. Ihre Aufgabe war es, das Standortauswahlverfahren vorzubereiten.

NBG – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.

Kriterien | Anforderungen | Bestimmungen | Untersuchungen

Sicherheitsanforderungen – Sie konkretisieren den Stand von Wissenschaft und Technik, der bei Errichtung, Betrieb und Verschluss eines Endlagers für wärmeentwickelnde Abfälle einzuhalten und von der jeweiligen Genehmigungsbehörde zu prüfen ist. Sie sollen der Maßstab für die Sicherheit eines Endlagers sein

Sicherheitsbestimmungen – siehe Sicherheitsanforderungen

Sicherheitsuntersuchungen – Auf der Grundlage der Erkundungsergebnisse macht die ►BGE in jeder der drei Phasen der Endlagersuche vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und wendet die Anforderungen und Kriterien auf die zu untersuchenden ►Teilgebiete, ►Standortregionen bzw. ►Standorte an

Ausschlusskriterien – Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommen, werden ausgeschlossen

Mindestanforderungen – Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hochradioaktiven Abfalls in Frage kommen können, müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleisten, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Teufe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein

Abwägungskriterien – Die Abwägungskriterien beziehen sich zum einen auf geowissenschaftliche und zum anderen auf planungswissenschaftliche Kriterien. Anhand der geowissenschaftlichen Kriterien sollen die Standorte vergleichend beurteilt und festgestellt werden, ob eine geologisch günstige Gesamtsituation für ein Atommüll-Lager vorliegt. Bei den planungswissenschaftlichen Kriterien werden Faktoren wie Abstand zur Wohnbebauung, Emissionen, Überschwemmungsgebiete, Kulturgüter oder Bodenschätze einbezogen

Gesetze | Verordnungen

Geologiedatengesetz (GeoIDG) – Das neue Gesetz soll das bisherige Lagerstättengesetz ablösen und die Voraussetzung für die geologische Landesaufnahme sowie für die Übermittlung und Sicherung geologischer Daten schaffen

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.

Teilgebiete – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

Standortregionen – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

Standorte – die untertägig erkundet werden sollen (§16)



Zwischen Widerstand und Utopie

40 Jahre Freie Republik Wendland

Geschichte Im vergangenen Jahr hat das Gorleben Archiv das 40. Jubiläum des Gorleben-Trecks mit einer großen Ausstellung gewürdigt. In diesem Mai stand nun das nächste Jubiläum an: Die Freie Republik Wendland wurde vierzig Jahre alt. Beide Ereignisse – der Treck nach Hannover und die Errichtung eines Hüttendorfs auf der geplanten Tiefbohrstelle 1004 – haben die wendländische Protestbewegung geprägt und ihr eine Identität gegeben. Gabi Haas blickt zurück.

Viele Zeitzeugen sprechen von einer Wende in ihrem Leben, wenn sie sich an diese beiden großen Aktionen in der Frühphase des Widerstands erinnern. Für sie waren es Schlüsselerfahrungen, die sie jedoch mit unterschiedlichen Bedeutungen verknüpfen. Was also war das Besondere, das Einzigartige, das die Akteure von damals mit der Freien Republik Wendland verbinden? Und welchen Stellenwert hatte 1004 für die Anti-Atom-Bewegung?

„Der Treck hatte eine große Wirkung nach innen. Er war der Anfang dieses Zusammenwachsens der gesellschaftlichen Gruppen in Lüchow-Dannenberg. Die Platzbesetzung von 1004 hat eher nach außen gewirkt. Sie war ein Modell, das die Vorstellung von einem anderen Leben vermittelte“, sagt etwa der Journalist Karl-Friedrich Kassel. Andere Zeitzeugen, die das Gorleben Archiv in den letzten Jahren interviewte, be-

stätigen das: Der Treck war Aufbruch – die Initialzündung einer sich neu entwickelnden Bewegung. „Bürger, Bauer, Edelmann und die Freaks“, wie sich Rebecca Harms im Gespräch mit dem Gorleben Archiv erinnert. „Diese Mischung hat unsere Stärke ausgemacht.“ Die Freie Republik Wendland wies darüber hinaus. Sie verband eine konkrete Aktion zur Verhinderung von Bohr- oder Baumaßnahmen mit der Utopie von einem alternativen Lebensmodell, wenn auch nur für eine begrenzte Zeit. Es war der Versuch, wie Zeitzeuge Hansel Sauerteig es formuliert, „selbstorganisiert das Persönliche, das Miteinander in den Vordergrund zu stellen“.

► Kreatives Spiel gegen die Atomindustrie

Auf 1004 gab es Gemeinschaftseinrichtungen aller Art, vom Freundschaftshaus bis zum Fri-

seursalon. Es gab Experimente mit Wind- und Sonnenenergie, Dichterlesungen, Konzerte, Theater, ein Passhäuschen mit Schlagbaum, eine eigene Flagge und einen eigenen Piratensender. Es war diese Mischung aus Humor, Schlitzohrigkeit und Phantasie, die für die Protestkultur im Landkreis bis heute so typisch ist. „Dieses unglaublich kreative und innovative Spiel gegen die Atomindustrie“, so beschreibt Zeitzeuge Stefan Voelkel die Platzbesetzung, die er sein persönliches „Schlüsselerlebnis“ nennt. Voelkel war damals 21 Jahren alt und versorgte die Freie Republik Wendland fast fünf Wochen lang mit Biosäften aus dem elterlichen Betrieb. Er weiß noch: „Rhabarbersaft war der Hit.“ Auch Anna Gräfin von Bernstorff, die wie viele Anwohner das Dorf 1004 mit Lebensmitteln unterstützte, sagt: „Diese Freie Republik Wendland, wo man dann diese Pässe bekam, das hatte etwas Spielerisches. Ich

weiß noch wie heute, wie entsetzlich es war, als diese riesige Hub-schrauber-Staffel kam und alles zerstört wurde. Aber trotzdem hatte dieses Dorf eine Wirkung, die bis heute noch anhält.“

Das Phantastische, Spielerische, gepaart mit dem Traum von einem anderen Leben, faszinierte die Menschen und zog vor allem viele jungen Leute an. So wurde das Hüttendorf überwiegend getragen von linken Studenten und Alternativen aus den Städten, teils skeptisch beäugt, teils wohlwollend begleitet von der konservativen Landbevölkerung. Das war der wohl wichtigste Unterschied zwischen dem Treck nach Hannover und der Platzbesetzung von 1004: Beim Treck ging es vor allem um die Annäherung der verschiedenen Akteure aus der Region. Um den Zusammenschluss von Menschen aus sehr unterschiedlichen sozialen Schichten und politischer Zugehörigkeit, die eigentlich nur eines gemeinsam hatten – das Ziel, die Atomanlagen in Gorleben zu verhindern. Bei der Freien Republik Wendland dagegen verlief die Konfliktlinie zwischen der einheimischen Protestbewegung und den auswärtigen Initiativen – zwischen dem Konzept des zivilen Ungehorsams und der Gewaltlosigkeit und der Forderung, auch militantere Widerstandformen zuzulassen.

► Um den Konsens musste täglich neu gerungen werden

Diese Auseinandersetzung hatte es zwar auch schon vorher gegeben. Aber bei den politischen Debatten rund um die Platzbesetzung wurde sie zum beherrschenden Thema und mit großer Härte geführt. Zuerst bei den sogenannten Trebeler Treffen, auf denen die Bedingungen der Protestaktion wochenlang diskutiert und ausgehandelt wurden. Später im Hüttendorf im sogenannten Sprecherat, in den jede Gruppe ihre Vertreter schickte und dessen Zusammensetzung während der 33 Tage der Freien Republik Wendland ständig wechselte. „Da hat es oft gekracht“, erinnert sich Rebecca Harms, die als Vertreterin der Bürgerinitiative die Idee einer Platzbe-

setzung damals mitentwickelt hat. Aber sie sagt auch: „Es war richtig, sich zuerst hier im Landkreis auf Widerstandskonzepte zu einigen und für uns als Lüchow-Dannenberg auch ein Vetorecht durchzusetzen.“

Man einigte sich schließlich auf eine große öffentlichkeitswirksame Aktion mit gemeinsamen Spielregeln, die sich am Willen der lokalen Bevölkerung orientieren sollten. Doch um diesen Konsens musste in der Freien Republik mit seinen basisdemokratischen Strukturen praktisch täglich neu gerungen werden. Und dabei stand nicht nur der Erfolg der Platzbesetzung buchstäblich auf dem Spiel, sondern auch das Bündnis der wendländischen Atomgegner, das ja beim Treck gerade erst zusammengefunden hatte. Bilder wie die Schlachten in Brokdorf oder Grohnde hätten diese Bewegung womöglich schon damals im Keim erstickt. Auch Hansel Sauerteig, damals einer der Kontrahenten der Bürgerinitiative, räumt ein: „Es hätte ja tatsächlich zu einer militanten Auseinandersetzung mit der Polizei kommen können. Und die BI glaubte, dass dann der gesamte Widerstand innerhalb dieses bäuerlich-bürgerlichen Landkreises isoliert und zerschlagen würde. Das war natürlich eine berechnete Überlegung.“

► Alternatives Lebensmodell – für die Staatsmacht eine reale Bedrohung?

Die Freie Republik Wendland war Vieles zugleich: Medienereignis, alternatives Lebensmodell, basisdemokratisches Experiment. Und für die Staatsmacht anscheinend eine reale Bedrohung. Polizei, Landes- und Bezirksregierung versuchten jedenfalls immer wieder, die Besetzer in die Ecke von Terroristen und Gewalttätern zu stellen – beispielsweise mit der kuriosen Begründung, eines der improvisierten Holzbauten trage den Namen „Fritz-Teufel-Haus“. Der Regierungspräsident erklärte das Dorf 1004 sogar öffentlich für illegal, weil sämtliche Hütten ohne Baugenehmigung errichtet worden seien. Auch Gottfried Mahlke, damals Pastor in Gartow,

bekam die Folgen dieser Kriminalisierung hautnah zu spüren. Als er von den Platzbesetzern gebeten wurde, Pfingsten auf 1004 einen Gottesdienst abzuhalten, wurde er vom Lüneburger Regionalbischof massiv gedrängt, auf diese Predigt zu verzichten. „Er hat damals ganz merkwürdige Argumente wie ‚Hochverrat‘ und ‚Landesverrat‘ gehabt“, berichtet Mahlke. „Und als er mich nicht überzeugen konnte, zog er ein fertig formuliertes Schreiben aus der Tasche. Das war die ‚Untersagung dienstlicher Tätigkeit im Bereich der Bohrstelle 1004‘ – später das sogenannte Predigtverbot. Das erste in Deutschland seit der Nazi-Zeit.“ Mahlke bezeichnet Pfingsten 1980 deshalb auch als „entscheidendes Datum in meiner persönlichen Widerstandsgeschichte“.

► Wer damals dabei war, bleibt irgendwie für immer ein freier Wende

Die Freie Republik Wendland existierte 33 Tagen lang. Am 4. Juni 1980 wurde das Hüttendorf mit dem bis dahin größten Polizeieinsatz in der Bundesrepublik geräumt und anschließend plattgewalzt. Und trotz aller Kontroversen – am Ende hielt der Konsens zwischen Lüchow-Dannenberg Atomgegnern und auswärtigen Initiativen. Bei der gewaltsamen Polizeiaktion leisteten die rund 2000 Platzbesetzer ausschließlich passiven Widerstand. So verwandelte sich die Niederlage – zumindest für die meisten von ihnen – in einen gefühlten Sieg. Dass sich die Dorfbewohner letztlich zusammenrauferten, dass die von vielen befürchtete „Schlacht um Gorleben“ vermieden wurde, hat zum Mythos des wendländischen Widerstands entscheidend beigetragen. „Turm und Dorf könnt ihr zerstören, aber nicht unsere Kraft, die es schuf!“ Dieses oft zitierte Motto der Platzbesetzer gilt auch noch nach vierzig Jahren. Wer damals dabei war, bleibt irgendwie für immer ein freier Wende. Und die meisten Zeitzeugen besitzen auch heute noch ihren Wendenpass. Der ist schließlich „gültig, solange sein Inhaber noch lachen kann“.



ferne
Spiegelungen
nahe
Einsichten

„Ferne Spiegel“ – so nannte die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman ihr Sachbuch über das Mittelalter und die schwarze Pest – über Jahrhunderte hinweg konnte man bei der Lektüre eigene Erfahrungen und Erlebnisse gespiegelt sehen. Von Axel Kahrs

In Krisenzeiten ist es ein probates Mittel, Rat aus der Geschichte und ihren Geschichten zu holen. Inmitten der Corona-Pandemie sind die Feuilletons voll mit Buchtiteln, die verdichtete Erfahrungen bergen. Spitzenreiter ist Camus' „Die Pest“ (1947), momentan in der 90. Auflage, andere greifen zu Poes „Maske des roten Todes“ (1842) oder zu Boccaccios Geschichtenkranz „Das Decamerone“ (1349), auch weil der Erzähler darin aus Furcht vor der Pest in Florenz das Landleben favorisiert – gut zu lesen hier an der Elbe: „So würde ich es für das Beste halten, wenn wir ... uns auf ehrenvolle Art auf unsere Besitzungen auf dem Land begäben und dort jede Lust, jede Freude, jedes Vergnügen, doch ohne im geringsten eine vernünftige Grenze zu überschreiten, mitnähmen. Dort hört man die Vögelchen (Nachtigallen!) singen, dort sieht man, wie Hügel und Täler in Grün sich kleiden und die Felder voller Getreide nicht anders als das Meer Wellen schlagen, und Bäume von tausend Arten gibt es, und der Himmel ist freier, und wenn er auch in Trauer sich hüllt, so versagt er uns seine ewigen Schönheiten nicht, die doch viel schöner anzusehen sind als die leeren Mauern unserer Stadt. Überdies ist die Luft dort weit frischer, und die Fülle alles dessen, was zum Leben notwendig ist, in jetziger Zeit weit größer, dagegen aber die Zahl der Unannehmlichkeiten weit geringer. Denn wenn auch die Landleute dort ebenso sterben wie hier die Bürger, so ist doch das Mißvergnügen darüber weit geringer, weil Häuser und Bewohner dort weit seltener sind als in der Stadt.“

Leider – oder zum Glück? – hat die Anti-Atombewegung noch keinen so großen Schatz an rat-samen Geschichten, die lesenswert geblieben sind. Aber die an

dieser Stelle schon einmal zitierte Marie-Luise Kaschnitz vermag in einem kurzen Gedicht Anfang der fünfziger Jahre den Bogen zwischen Epidemie, Pandemie und der ebenso nicht sicht- und fühlbaren radioaktiven Verseuchung zu spannen: „Steht noch dahin ... ob wir eines natürlichen Todes sterben, ob wir nicht wieder hungern, die Abfalleimer nach Kartoffelschalen durchsuchen ... Ob wir uns fortstehlen rechtzeitig auf ein weißes Bett oder zugrunde gehen am hundertfachen Atomblitz, ob wir es fertigbringen mit einer Hoffnung zu sterben, steht noch dahin, steht alles noch dahin.“

Die Seuchen haben viele Gemeinsamkeiten mit den Katastrophen in Hiroshima, Tschernobyl, Fukushima. Die fernen Spiegel der Geschichte zeigen uns, dass immer wieder die gleichen Symptome und Reaktionen auftauchen, wenn die Katastrophe kommt und die Panik steigt. Ich war dennoch verblüfft, als ich Manzoni's Roman „Die Verlobten“ (1827) aufschlug. Im Kapitel 31 wird der Ausbruch der Pest in Mailand 1630 geschildert. Stand das alles nicht gestern in der Zeitung? Die Regierung beruhigt, spricht von der „üblichen Folge herbstlicher Sumpfdünste“, wer die Pest beim Namen nennt, wird „mit ungläubigem Spott und wütender Verachtung behandelt“, Ärzte, die vor der Seuche warnen, können „nicht mehr über die öffentlichen Plätze gehen, ohne mit Worten, wenn nicht gar mit Steinen angegriffen zu werden.“ In den Parks und Gärten feiert man trotzig weiter, während die offenen Leichenwagen vorbei fahren ...

Bei Manzoni bringen deutsche Söldner die Pest ins Land, bald gehen Gerüchte um von Leuten, die eine verseuchte Schmiere auf Türen und Bänke, Kleider und Haut auftragen. Sind die Corona-Huster von heute nur Wiedergänger? Im Spiegel ihrer Kindheit erinnert sich die Schriftstellerin Christa Wolf an eine Buchlektüre: „Christine Torstensen. Dieses Mädchen, nordisch-wertvoller Rasse, eine Fanatikerin des Dreißigjährigen Krieges, küsst und umarmt die Leichen der Pestkranken im eigenen Lager und

schleicht sich zum Feind, bietet sich ihm an, um mit ihrem Körper, ihren Lippen die Pest zu übertragen. Eine Heldin, so sollte man sein. Ich las das und dachte: Das nicht.“

Und in Thomas Manns Novelle „Tod in Venedig“ (1913) spiegelt sich Manzoni's Text im Schicksal eines Besuchers, dem eiligst versichert wird, von Cholera in der Stadt könne keine Rede sein, nur von „gewissen Erkrankungen des gastrischen Systems“, und „gleich darauf wurde jedes Auftreten der Seuche ... auf völlig vereinzelter, von außen eingeschleppte Fälle zurückgeführt.“ Kurz danach erweist sich die Habgier „mächtiger als Wahrheitsliebe und Achtung vor internationalen Abmachungen“, nun herrschten „Unmäßigkeit, Schamlosigkeit und wachsende Kriminalität.“

Jetzt, M i t - te Mai, f r a g e ich mich, wie es wohl sein wird, wenn im Juli oder August alles überstanden ist. Ich schlage beim Literaturnobelpreisträger Albert Camus nach, der seine Hauptfigur Doktor Rieux während der Pest im algerischen Oran auf Solidarität, tatkräftige ärztliche Hilfe und Ausdauer setzen lässt, ein wenig dem Mythos vom Sisyphos ähnelnd. Die Glocken läuten, als die Ausgangssperre aufgehoben ist. Zu Tode betrübt sind die jungen Witwen und Waisen, die von ihren Verstorbenen nicht Abschied nehmen durften. Himmelhochjauchend dagegen fallen sich die Liebenden in die Arme und drängen in die Bettkammern. Ein Vulkan der Gefühle, eine Eruption der Sehnsüchte und der Drang, in einem Tag alles nachzuholen, was man lange entbehrte. Und in vielen lebt die Erinnerung an Nachbarschaftshilfe, Solidarität, Standhaftigkeit. Camus lässt seinem Arzt das letzte Wort: „Er wusste, was dieser frohen Menge unbekannt war: dass der Pestbazillus niemals ausstirbt oder verschwindet ... und dass vielleicht der Tag kommen wird, an dem die Pest zum Unglück und zur Belehrung des Menschen ihre Ratten wecken und erneut aussenden wird ...“ – Steht noch dahin!



Bar jeder Vernunft

Portrait Die Idee ist europaweit einzigartig: Mit der „AbfüllBar“ will Hendrik Möllmann lose Lebensmittel in Spender füllen, mittels derer Bio- und Naturkostläden ohne Aufwand ihr Sortiment erweitern können. Andreas Conradt hat mit ihm gesprochen.

Am Anfang war nur eins klar: Einen weiteren Laden eigens für unverpackte Waren und Lebensmittel braucht das Wendland nicht, die Dichte an Bio-, Dorf- und Hofläden zwischen Schnega und Hitzacker ist dicke ausreichend. Ein weiteres Geschäft dieser Ausrichtung spräche nur dieselbe Klientel an und wäre schließlich für alle Ladner schädlich. Im Übrigen wäre es kaum nachhaltig, extra aus Clenze nach Dannenberg zu fahren, nur um dort Unverpacktes einzukaufen. Für das verfahrenne Benzin könnte man auch gleich in Clenze im Supermarkt einkaufen und den Plastikmüll im Ofen verbrennen – die Bilanz wäre ähnlich. Irgendwie, dachte sich Hendrik Möllmann 2018, muss Nachhaltigkeit doch auch nachhaltiger gehen.

„Wir haben viele Szenarien durchgespielt und nächtelang am Küchentisch gebrütet, bis wir auf

die nächstliegende Idee kamen: Warum nicht das gut ausgebaute Netz an Bioläden, an Dorf- und Hofgeschäften um ein Angebot an unverpackten Produkten erweitern?“, erinnert sich Hendrik. Die haben nämlich häufig das Problem, dass sie Lebensmittel gar nicht unverpackt anbieten dürfen, weil ihnen Räumlichkeiten fehlen, um die Lebensmittel im Rahmen der von Amts wegen geforderten Hygienestandards von Groß- in Kleingebinde umfüllen zu können. Auch die Darreichung von losen Lebensmitteln ist mit vielen Auflagen behaftet.

Eine Idee war geboren, und am nächsten Küchentisch klang sie verlockend: Lose Lebensmittel würden in hygienisch einwandfreien Räumen in eigens gefertigte Spender gefüllt werden, die von den Läden in der Region in den vorhandenen Regalen platziert würden. Den Läden würde die Last mit zusätzlichen Hygieneauflagen genommen werden, Kund/-innen würden weiterhin kurze Wege haben. Alles würde gut sein. Dann dämmerte es vorm Küchenfenster. Steuerberater und Unternehmensberater winkten ab, das Gesundheitsamt machte viel höhere Hygieneauflagen als zunächst gedacht, Geld war ohnehin knapp. Alles würde schwierig sein.

Heute, zweieinhalb Jahre spä-

ter, können Hendrik und seine Mitstreiterin Maria Seyer mit einem Lächeln auf diese schwierige Anfangszeit zurückblicken. Mittlerweile bauen sie Räume in einer ehemaligen Kunsttöpferei in Schaafhausen nach Angaben von Bau- und Gesundheitsamt um und haben bereits eine Crowdfunding-Kampagne für die Anfangsfinanzierung erfolgreich abgeschlossen. Sogar ein eigenes Non-Food-Produkt wurde lanciert: Das feste Shampoo- und Duschstück funktioniert wie seine flüssigen Pendant, kommt dabei aber ohne jede Verpackung aus. Upcycling-Produkte ergänzen das Angebot, die ersten Läden im Wendland werden bereits beliefert.

Was Duschzeug und Wiederverwertetes mit unverpackten Lebensmitteln aus der – so lautet der Firmenname – „AbfüllBar“ zu tun haben? Sehr viel! „Die Entwicklung der Spender für die lose Abgabe von Lebensmittel ist sehr aufwändig. Es muss die Funktionalität gewährleistet sein, aber auch ein in sich schlüssiges Hygienekonzept mit lebensmittelechten Materialien ohne Plastik gefunden werden.“ Das dauert und kostet Geld. Geld, das nun zunächst über den Verkauf von Non-Food-Produkten reinkommen muss, bis die eigentliche Idee im nächsten Jahr verwirklicht werden kann. Manchmal muss man einfach über Bande spielen.



★★★★★ vor 3 Jahren

Ganz nett hier.

Alles in allem ein super Urlaub. Meine Freunde meinte, ich strahle richtig vor Erholung als ich nach Hause kam. Lediglich kam ich mit einer dritten Hand nachhause die ich nicht gebucht hatte (Darum 3 Sterne). Sonst ein super Wellnesshotel für die ganze Familie.



22



Teilen

★★★★★ vor 9 Monaten

(Übersetzt von Google) 5 Sterne!!

Ich war vor kurzem hier, um einen schönen Urlaub abseits der Arbeit zu verbringen. Total hat der Trick getan! Ich bin jetzt seit 6 Monaten im Krankenhaus. Dieses zusätzliche Auge ist wirklich nützlich.

(Original)

5 stars!!

I went here recently to have a nice vacation away from work. Totally did the trick! I've been in the hospital for 6 months now. That extra eye is really coming in handy.

★★★★★ vor einem Jahr

(Übersetzt von Google) Folge einfach dem ominösen Glühen, du kannst es nicht verpassen.

(Original)

Just follow the ominous glow, you can't miss it.

★★★★★ vor 2 Monaten

(Übersetzt von Google) Ich habe immer gesagt, ich brauche Augen auf den Hinterkopf, mein Wunsch wurde nach meinem Besuch hier vor 12 Jahren wahr, ich hatte nicht die 7 zusätzlichen Arme erwartet, aber sie machen die Hausarbeit 100x einfacher. Es hat mein Leben so viel besser gemacht !!

(Original)

I've always said I needed eyes on the back on my head, my wish came true after my visit here 12 years ago, I wasn't expecting the 7 extra arms but they do make the house work 100x easier. It made my life so much better!!

★★★★★ vor einem Jahr

(Übersetzt von Google) Fantastische Spa-Behandlungen.

Meine Haut strahlt und glänzt nach einem Wochenende mit der Familie. Mein jüngster Sohn hat jedoch eine zusätzliche untere Gliedmaße und sieht jetzt eher wie die Manx-Flagge aus als ein menschliches Kind (deshalb gebe ich 4/5 Sterne). Zusammenfassend, eine tolle Reise, die ich jedem empfehlen würde, vor allem diejenigen, die eine neue Körper Transformation wünschen.

(Original)

Fantastic spa treatments. My skin is radiant and shiny after a weekend away with the family. My youngest son did, however, grow an extra lower limb and now looks more like the Manx flag than a human child (this is why i'm giving 4/5 stars). In summary, a great trip which i'd recommend to anyone especially those wanting a New Year body transformation.

Wer bei Google-Maps den Ort der Wiederaufarbeitungsanlage im britischen Sellafield sucht, stößt unvermittelt auf schwarzen englischen Humor

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de



In Niedersachsen bleibt das Bedecken von Mund und Nase in Geschäften und dem ÖPNV weiter Pflicht. Wir haben einen kreativen Begleiter für euch: Ab sofort können Masken mit der Wendlandsonne bei uns bestellt werden.

Hinweis: Die Masken sind nur zum Bedecken von Mund und Nase geeignet und erfüllen nicht die Anforderungen einer medizinischen Maske.

Es gibt die Masken in verschiedenen Ausführungen.
Alle sind handgenäht.



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname
Straße Hausnummer
PLZ, Ort E-Mail
Datum Unterschrift

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.